



## 136. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Juli 2018, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 12407

### Geburtstagswünsche

für Frau Vizepräsidentin **Inge Aures** und die  
Abgeordneten **Herbert Woerlein**, **Günther  
Knoblauch** und **Benno Zierer** ..... 12407

### Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion "Tourismusland Bayern - Weichenstellungen für die Zukunft"

Klaus Holetschek (CSU)..... 12407  
Martina Fehlner (SPD)..... 12409 12410  
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 12411  
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 12412  
Klaus Stöttner (CSU)..... 12413  
Max Gibis (CSU)..... 12414  
Alexander Muthmann (fraktionslos)..... 12415  
Staatsminister Franz Josef Pschierer..... 12416

### Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Bayerische Landeszentrale für politi- sche Bildungsarbeit (Drs. 17/22908)

- Erste Lesung -

Staatsminister Bernd Sibler..... 12418  
Martin Güll (SPD)..... 12419 12424  
Michael Hofmann (CSU)..... 12420 12423 12424  
12424 12425  
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 12421  
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 12422 12424

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 12425

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Katharina  
Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.  
a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
**zum Artenschutz in Bayern - Bayerisches Ar-  
tenschutzgesetz (Drs. 17/23106)**  
- Erste Lesung -

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 12425  
Tanja Schorer-Dremel (CSU)..... 12427  
Florian von Brunn (SPD)..... 12429  
Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 12430

Verweisung in den Umweltausschuss..... 12431

### Abstimmung

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangele-  
genheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7  
der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten  
werden (s. Anlage)**

Beschluss..... 12431

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung  
der Sozialgesetze (Drs. 17/21571)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
(Drs. 17/22995)

Beschluss..... 12431

Schlussabstimmung..... 12431

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Immissions-  
 schutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschrif-  
 ten** (Drs. 17/21572)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses  
 (Drs. 17/23000)

Beschluss..... 12432

Schlussabstimmung..... 12432

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Förderung des stationsbasierten Carsha-  
 ring in Bayern** (Drs. 17/21734)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des  
 Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/23053)

Beschluss..... 12432

Schlussabstimmung..... 12432

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Katharina  
 Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a.  
 und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Gesetz über den Bürgerbeauftragten des Frei-  
 staates Bayern und den Beauftragten für die  
 Bayerische Polizei** (Drs. 17/20406)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des  
 Verfassungsausschusses (Drs. 17/22988)

Beschluss..... 12432

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Katharina  
 Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a.  
 und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
**zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzie-  
 rungsgesetzes**

**Mittagsverpflegung an Schulen: gut und kos-  
 tenfrei** (Drs. 17/21324)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
 (Drs. 17/23065)

(Namentliche Abstimmung siehe Plenarproto-  
 koll 17/137)

Schluss der Sitzung..... 12433

(Beginn: 14.07 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 136. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegegnung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darf ich noch einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen: Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 29. Juni Herr Kollege Herbert Woerlein und am 8. Juli Herr Kollege Günther Knoblauch. Heute gibt es zwei Geburtstagskinder, Frau Vizepräsidentin Inge Aures und Herr Kollege Benno Zierer. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg bei Ihren parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho auf Vorschlag der CSU-Fraktion  
"Tourismusland Bayern - Weichenstellungen für die Zukunft"**

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt. Die fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils bis zu zwei Minuten Redezeit. – Erster Redner ist der Kollege Holetschek von der CSU.

**Klaus Holetschek (CSU):** Herr Präsident, Herr Tourismusminister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist wunderschön, und Bayern ist großartig. Viele Menschen kommen in unser Land, weil sie hier die schönste Zeit des Jahres genießen können, und das schon seit langer Zeit, immer mehr, immer öfter und immer länger. 2017 war das sechste Rekordjahr in Folge. 37 Millionen Gästeankünfte und über 100 Millionen Übernachtungen, wenn man die Kleinvermieter dazu zählt, sprechen für sich. Im Fünf-Jahres-Vergleich haben wir 17,9 % mehr Ankünfte und 12,1 % mehr Übernachtungen.

(Beifall bei der CSU)

Das sind schon tolle Indikatoren. Ich bin aber nicht so vermessen zu sagen, dass das alleine das Verdienst von uns ist, die wir hier sitzen. Es ist das Verdienst derer, die draußen für Gastfreundlichkeit, für Herzlichkeit und für gute Qualität stehen, unserer Gastronomen, unserer Hotellerie und all derer, die touristische Dienstleistungen anbieten. Bei ihnen möchte ich mich an dieser Stelle auch sehr herzlich bedanken.

Immerhin sichert der Tourismus das Einkommen von 600.000 Menschen. Die Touristen haben letztes Jahr 31 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist ein starker Wirtschaftsfaktor, Herr Minister. Deswegen ist der Tourismus auch im Wirtschaftsministerium als Leitökonomie angesiedelt. Ich freue mich darüber hinaus, dass unser Ministerpräsident dieses Thema verankert hat, indem er gesagt hat: Wir wollen den Tourismus fördern; wir wollen dem Tourismus eine neue Stärke geben und die richtigen Rahmenbedingungen setzen. – Ich denke, da haben wir viel zu bieten. Wir setzen die Dinge um, die wir vorher besprochen haben. Es ist ein Markenzeichen dieser Regierung und dieses Ministerpräsidenten, dass wir Dinge nicht nur ankündigen, sondern sie auch umsetzen. Das tun wir auch beim Tourismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Im Kabinett ist eine umfangreiche Tourismusoffensive beschlossen und auf den Weg gebracht worden. Ein Ausfluss daraus ist eine eigene Tourismusabteilung. Ich begrüße dies auch als Vorsitzender eines Tourismusverbandes ausdrücklich, weil wir schon lange darauf gewartet haben, dass der Tourismus auf Augenhöhe mit anderen Branchen steht. Deswegen ist das ein gutes und wichtiges Signal. Wir setzen große Erwartungen in diese Abteilungen und in die Rahmenbedingungen, die aus diesen Abteilungen heraus für die Branche kommen.

Wir haben die Tourismusförderung von 60 Millionen auf 100 Millionen gesetzt. Die 40 Millionen mehr sind ein wuchtiger Aufschlag, den wir dort zeigen und der auch nach außen wirkt.

Wir gehen die Megathemen an, etwa die Digitalisierung. Dieses Thema ist in allen Wirtschaftsbereichen und so natürlich auch im Tourismus präsent. Wie werden Reisen heute gebucht? Was kann ich heute mit augmented reality erreichen? Wie kann ich Kleinvermietern die Chance geben, dass sie online buchbar sind? Wie können wir mit einer Bayern-Cloud eine sichere Verbindung von Daten finden, den Tourismus beleben und neue Produkte entwickeln? – Diese Themen besetzen wir hier; wir bringen sie so auch ganz deutlich nach vorne.

Wir wollen einen nachhaltigen Tourismus, einen Tourismus, der sich an Mensch und Natur orientiert. Da hoffe ich sehr auf das neue Zentrum für Tourismus an der Hochschule in Kempten. Es soll und wird, wie mir Klaus Stöttner berichtet, ganz eng mit den anderen Hochschulen in Bayern kooperieren, um den Tourismus auch neu zu denken. Die Zahlen, die ich vorher genannt habe, sind beeindruckend; aber Stillstand wäre genau der falsche Weg. Wir müssen uns immer

weiterbewegen. Wir müssen den Tourismus neu denken und überlegen, wie wir mit den Herausforderungen der Zukunft umgehen. Das gilt nicht nur für die Digitalisierung, sondern auch für die demografische Entwicklung in unserem Land und viele, viele andere Themen, die uns hier mit beschäftigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Hauptleistungsträger des Tourismus stärken. Die Hauptleistungsträger des Tourismus sind Gastronomie und Hotellerie. Ich bin deswegen sehr dankbar, dass es auch für die Gastwirtschaften, unsere Heimatwirtschaften, ein Förderprogramm gibt. Das ist ein starkes Signal. Ich durfte unlängst bei der Verleihung der Preise an die hundert besten Heimatwirtschaften dabei sein. Es ist beeindruckend, was da für Gastronomen sind: Familienbetriebe in der x-ten Generation, die ihre Wirtschaft weiterführen und die leben, was sie tun. Die müssen wir unterstützen. Wir tun das mit einem neuen Förderprogramm, das wir vorne anstellen. Wir tun das auch mit einer Qualitätsoffensive zur Barrierefreiheit in der Gastlichkeit. Das gehört alles dazu. Ich bin deswegen froh, dass wir auch hier ein starkes Signal an die Heimat senden: Was wären unsere Dörfer ohne Wirtshäuser, ohne Treffpunkte für Menschen? Hier müssen wir weiter aktiv sein. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein Hauptanliegen dieser Offensive.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich über Nachhaltigkeit und über die Herausforderungen in diesem Zusammenhang spreche, dann geht es natürlich auch um die Frage, wo wir die Infrastruktur weiter stärken und was wir für die Kommunen tun können. Wir fördern bereits Loipen und Seilbahnen. Können wir daneben auch in andere Bereiche wie Aussichtsplattformen und Dinge, die kreativ sind und den Menschen Freude bereiten, investieren?

Es geht natürlich auch um den Gesundheitstourismus. Ich komme an dieser Stelle nicht umhin, zu sagen, dass die 50 Kurorte und Heilbäder in Bayern für 100.000 nicht verlagerbare Arbeitsplätze im ländlichen Raum stehen. Sie stehen für eine Wertschöpfung von über vier Milliarden Euro und für ein ganz wichtiges zentrales Thema, nämlich für das gesunde Bayern. Das ist die Marke, die die Kurorte und Heilbäder mit aufbauen und die sie den Menschen anbieten.

Wir wollen diese Marke "Gesundheit in Bayern" zeigen. Wir wollen aber auch, dass die Menschen zu uns kommen, wenn sie Prävention betreiben und etwas für ihre Gesundheit tun wollen. Ich bin deswegen dankbar, dass auch hier die Förderkulisse erhöht wird, dass wir mehr Marketingmittel und Infrastruktur für die Kommunen haben. Diese Kommunen müssen oft

mehr leisten als andere gleicher Größenordnung. Sie stellen in den Kurorten und Heilbädern oft auch die ärztliche Versorgung für den ländlichen Raum mit. Es ist deswegen ein wichtiges und starkes Signal, dass wir den Gesundheitstourismus mit stärken.

Der Tourismusminister hat selbst mit Bad Wörishofen einen bedeutenden Kurort in seinem Stimmkreis. In meinem Stimmkreis liegen Bad Grönenbach und Otto-beuren. Der Tourismusminister weiß, wie gut und wie wichtig es ist, das man immer wieder etwas für seine Gesundheit tut. Ich hoffe deswegen, dass das nicht der letzte Aufschlag war, sondern der Anfang einer großen Offensive für die bayerischen Kurorte und Heilbäder, die wir weiter brauchen, um den Wettbewerb zu bestehen.

Der Wettbewerb ist nämlich da. Wir stehen heute in einem großen Wettbewerb um Qualität und gute Produkte. Wir gehen mit dieser Tourismusoffensive wieder einen Schritt nach vorne. Bayern ist das Tourismusland Nummer eins; das wird es auch in Zukunft bleiben.

Wir haben allerdings Herausforderungen zu bewältigen. Ich will das noch einmal deutlich sagen. Ich weiß, dass wir im Bund noch einiges bewegen müssen, wenn es um die Hotels und Gastwirtschaften und um den Verband geht. Das betrifft die Arbeitszeiten. Dieses Thema bewegt die Branche in hohem Maße. Wir müssen schauen, dass wir gemeinsam Lösungen finden, nicht damit mehr, sondern damit flexibler gearbeitet wird, damit also die Branche und die Familienbetriebe dann die Möglichkeit haben, mehr zu arbeiten, wenn die Gäste da sind.

(Beifall bei der CSU)

Es geht ebenso um die Fachkräftesicherung. Die Branche bewegt das Thema: Woher bekommen wir gut qualifizierte Köche und Servicemitarbeiter? Hier müssen wir Akzente setzen.

Ich bin sehr dankbar, dass die berufliche Bildung ganz oben auf der Agenda steht. Wir müssen hier aber noch weitere Akzente, speziell für die Gastronomie und Hotellerie, setzen. Fachkräfte sind das Kapital eines funktionierenden Tourismus. Wir müssen ihnen danken, sie wertschätzen und ihnen zeigen, dass ihre Dienstleistung am Menschen ganz wichtig ist. Diese Dienstleistung müssen wir unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Minister, ich glaube, dazu ist eine Bundesratsinitiative unterwegs. Wir müssen Ungleichbehandlungen beenden. Wir rufen heute das Thema bezahlbarer Wohnraum für diese Branche auf. Hier denke ich

daran, dass die Hoteliers Wohnraum für ihre Auszubildenden schaffen, das dann aber als geldwerten Vorteil versteuern müssen. Es kann nicht sein, dass wir dabei hinter anderen Ländern wie zum Beispiel Österreich zurückstehen. Wir müssen hier auf Augenhöhe agieren.

Sie sehen: Die Herausforderungen sind da. Der Tourismus ist wirklich eine wichtige Branche, er ist eine Leitökonomie und eine Querschnittswirtschaftsbranche, die in alle Bereiche hineinwirkt. Bayern ist *das* Tourismusland und will es bleiben. Wir haben jetzt mit dieser Offensive alles dafür getan, dass wir gute Rahmenbedingungen bieten und gemeinsam positiv in die Zukunft gehen können. – Ich darf Ihnen schon jetzt einen schönen Urlaub in Bayern wünschen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als nächste hat die Frau Kollegin Fehlner von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Martina Fehlner (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir freuen uns sehr, dass der Tourismus in Bayern mit über 90 Millionen Übernachtungen und über 37 Millionen Gästeankünften im vergangenen Jahr gut dasteht. Das ist ein sehr respektables Ergebnis und das sechste Rekordjahr in Folge.

Wir können auch in diesem Jahr sicherlich wieder mit einem erfreulichen Ergebnis rechnen. Die Vorzeichen dafür stehen gut, und es deutet ja auch alles darauf hin, dass Bayern seine Spitzenposition unter den beliebtesten deutschen Reisezielen behaupten wird. Ganz, ganz viele Menschen in diesem Land haben für diesen Erfolg hart gearbeitet – angefangen von den Hoteliers, den Gastronomen, den touristischen Organisationen bis hin zu den Leistungsträgern aus den verschiedensten Bereichen!

Ich möchte an dieser Stelle auch im Namen meiner Fraktion herzlich danken und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen Leistungsträgern im Tourismus großen Respekt und große Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle sind stolz darauf, dass Bayern einschließlich Frankens das Urlaubsland Nummer eins ist. Wir müssen jetzt gemeinsam die Weichen für die Zukunft so stellen, dass dies auch so bleibt. Die Herausforderungen sind groß. Dabei geht es nicht nur um Wachstum und um steigende Gästezahlen im Sinne von höher, weiter, schneller, sondern um Qualität, Nachhaltigkeit,

Wertschöpfung und Naturverträglichkeit und um eine moderne Infrastruktur, Mobilität und einen modernen Gästeservice.

Ja, für Bayern ist der Tourismus ein ganz zentraler und wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ja, er sichert 600.000 Arbeitsplätze in unserem ganzen Land. Er ist auch wichtig für das Image des Freistaates in der Welt. Damit der Erfolg Bayerns als Tourismusdestination auch für die Zukunft gesichert werden kann, müssen wir uns gut auf die Herausforderungen und die Veränderungen einstellen. Es geht um den Klimawandel, um eine immer älter werdende Gesellschaft, um die Globalisierung und das veränderte Reiseverhalten, und es geht um die Digitalisierung. All diese Faktoren berühren den Tourismus in Bayern ganz unmittelbar, und darauf müssen wir reagieren.

Bayern hat viele touristische Felder und Facetten. Da sind der Wellness- und Gesundheitstourismus, der Wanderurlaub, Wassertourismus, Kulturtourismus, Fahrradtourismus, Naturtourismus und Städtetourismus. Wenn wir uns die aktuellen Tourismuszahlen genauer ansehen, dann stellen wir fest, dass sich ein durchaus differenziertes Bild ergibt. Auf der einen Seite haben wir den Städtetourismus – die großen Städte München, Regensburg, Würzburg, Augsburg und auch Nürnberg boomen –, aber wir haben auch den Eventtourismus. Da spreche ich die Allianz Arena an, unser weltweit beliebtes Oktoberfest, nicht zuletzt das Tagungs- und Kongresswesen und natürlich unsere Messen.

Strukturschwache ländliche Regionen sind dagegen oft nur ungenügend entwickelt, obgleich hier vielfach großes Potenzial vorhanden ist. Die Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern" hat dies ganz deutlich gemacht und entsprechende Handlungsfelder aufgezeigt. Gerade für den ländlichen Raum ist der Tourismus mit seinen nicht exportierbaren Arbeitsplätzen extrem wichtig; er ist auch wichtig für die Stabilisierung der Wirtschaft. Die Stärkung der ländlichen Räume wirkt sich positiv auf den Tourismus aus, umgekehrt stärkt der Tourismus die Wirtschaft und die Lebensqualität im ländlichen Raum. Tourismuspolitik ist daher gleichzeitig immer Regional- und Strukturpolitik.

Stichwort: Mobilität. Die Gäste, die zu uns kommen, müssen unkompliziert an ihren Urlaubsort gelangen und auch vor Ort mobil sein. Vom Erhalt und Ausbau des öffentlichen Verbundsystems profitieren also nicht nur die Touristen, sondern auch die Einheimischen. Hier müssen wir den Alltags- und den Freizeitverkehr besser aufeinander abstimmen. Es geht um die Intermodalität. Das bedeutet: Sind alle erforderlichen Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Carsharing perfekt auf-



einander abgestimmt, dann werden sie auch kombiniert von den Gästen genutzt. Dies erfordert aber beispielsweise gleichzeitig mehr Radabstellanlagen und Leihräder an den Bahnhöfen. Da ist noch Luft nach oben.

Es geht auch um die flächendeckende Versorgung Bayerns mit schnellem Internet. Die muss gewährleistet sein. Der zügige Breitbandausbau im ländlichen Raum ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Standortqualität, für die Hotels und für die Gastronomie, sondern auch ein Attraktivitätskriterium aus Sicht der Reisegäste. Sie müssen in und aus den Urlaubsorten heraus problemlos und schnell digital kommunizieren und Informationen abrufen können.

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist der Klimawandel, vor allem für den Tourismus. Er wird sich in Zukunft noch viel stärker auf den Tourismus auswirken. Betroffen sind hier vor allen Dingen die Alpenregionen und die Mittelgebirge. Hier gilt es, die betroffenen Regionen und Tourismusakteure bei der Umstellung ihres Ganzjahresangebotes noch besser zu unterstützen, zu beraten und auch finanziell zu fördern.

Das wertvollste touristische Kapital in Bayern ist die Natur. Nachhaltigkeit mit ihrer ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension ist die Voraussetzung dafür, dass wichtige Grundlagen unseres Tourismus, nämlich eine intakte Natur und eine authentische und facettenreiche Naturtradition, erhalten bleiben. Die Bergsteigerdörfer sind hierfür ein sehr gutes Beispiel. Für 60 % der Gäste, die nach Bayern kommen, steht die Natur im Vordergrund. Das Erleben der Natur ist ein zentrales Kriterium. Die Nachhaltigkeit ist also ein Qualitätsmerkmal, und das nimmt an Bedeutung zu. 36 Millionen Deutsche möchten nachhaltig reisen. Nachhaltigkeit heißt, wenn auch verkürzt, Umwelt und Natur zu erhalten und regionale Strukturen und Identitäten zu bewahren und zu stärken.

Besuchermagneten sind unsere Schlösser, unsere Burgen und Museen. Über 20 Millionen Gäste besuchen jährlich die Ausstellungen in unseren Museen, sowohl in den staatlichen als auch in den nichtstaatlichen Museen.

Wichtig im Hinblick auf den Gesundheits- und Wellness-tourismus sind unsere Kur- und Heilbäder. Gäste aus dem In- und Ausland schätzen an Bayern unsere Berg- und Seenlandschaft, aber auch unsere gastfreundliche unverwechselbare bayerische Lebensart. Gerade das Erleben der einheimischen Kultur und das Genießen regionaler kulinarischer Angebote finden bei der wichtigen Zielgruppe der Best Ager oder Silver Ager, wie sie auch genannt wird, ein immer

stärkeres Interesse. Ich denke da an unsere hochgeschätzten Spezialitäten – ich komme aus Franken –, an den Frankenwein, an Bratwurst, an Schäufele und an unsere beliebten bayerischen Biere. Wir brauchen also auch gezielte Maßnahmen, um die einzigartigen Charaktere der bayerischen Regionen zu erhalten und zu fördern. Das beginnt bei der Unterstützung von Produzenten typischer regionaler Landwirtschaftsprodukte oder auch von traditionellem Handwerk, geht über die Hilfe bei der Vermarktung und reicht bis zur Förderung der lokalen Identitäten und Traditionen. Regionalität und authentische Urlaubserlebnisse werden also immer wichtiger. In den letzten Jahren hat allerdings bedauerlicherweise die Zahl der Dorfwirtshäuser und Gaststätten auf dem Land in empfindlichem Maße abgenommen, was sich natürlich negativ auf den Tourismus auswirkt.

Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel spielt die Barrierefreiheit eine zentrale Rolle. Ältere Reisende sind auf eine barrierefreie Reise- und Servicekette zum und am Urlaubsort zwingend angewiesen. Wir brauchen den raschen Ausbau barrierefreier tourismusrelevanter Angebote im öffentlichen Raum. Das beginnt bei den Bahnhöfen, aber leider hinken wir da immer noch hinterher. Von der Verwirklichung der Ankündigung, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen, sind wir noch weit entfernt.

(Beifall bei der SPD)

Das reicht hin bis zu einem Netz barrierefreier Wanderwege und dem hürdenlosen Zugang auch zu den Gaststätten. Barrierefreiheit ist ein generelles Qualitätsmerkmal, von dem alle Gäste profitieren.

Um all diese Aufgaben und gesteckten Ziele zu erreichen, haben Sie, Herr Minister, Ihr 10-Punkte-Programm für die Zukunft des Tourismus in Bayern vorgestellt. Da steht wirklich viel Gutes und Richtiges drin, was wir mittragen können, weil es vernünftig ist. Sie haben jetzt vieles aufgegriffen, was wir schon seit Langem fordern. Wir müssen jetzt abwarten, ob Ihre Programme und die höhere Förderung des Tourismus greifen.

Einige Themen, die für uns nach wie vor sehr wichtig sind, vermissen wir allerdings in Ihrem 10-Punkte-Programm. So fehlt uns in Ihrer Tourismusoffensive beispielsweise der Ansatz des bezahlbaren Urlaubs.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

**Martina Fehlner (SPD):** Bayern muss ein attraktives Urlaubsziel für alle Zielgruppen sein. Wie gesagt: Eine ganze Reihe von Forderungen ist umgesetzt und in das Konzept eingeflossen. Der Tourismus in Bayern

boomt, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir alle sind daran interessiert, dass der Tourismus in Bayern weiter auf Erfolgskurs bleibt und floriert, und dass es keine peinlichen Pannen wie beim dritten Nationalpark oder beim Alpenschutzplan im Falle des Riedberger Horns gibt. Das war wahrlich kein Ruhmesblatt.

Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle wunderschöne Ferien bei uns im wunderbaren Bayern.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig: 600.000 Arbeitsplätze in Bayern hängen vom Tourismus ab. Der Tourismus gibt Bayern ein Gesicht. Unsere Gastronomen geben Bayern Heimat. Wir alle genießen das, was wir unter der Woche und am Wochenende erleben können. Viele Gäste aus Bayern und von außerhalb genießen den Urlaub in Bayern.

Herr Kollege Holetschek, Sie loben die Staatsregierung und das, was der Wirtschaftsminister für die Förderung des Tourismus tut.

(Klaus Holetschek (CSU): Zu Recht!)

– Sie sagen "zu Recht". Ich werde Ihnen die Zahlen vorlesen, da werden Sie mit Ihrem "zu Recht" blass werden. – Herr Kollege Stöttner, der Tourismus wird zwar immer wieder hoch geschätzt, aber, Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht mit Zahlen unterlegt, wenn keine Wahljahre sind. Scheinbar ist der Tourismus als Leitökonomie für die CSU-Staatsregierung doch nicht so wichtig.

Lassen Sie mich vorlesen: Im Jahr 2015 wurden 15 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Herr Kollege Holetschek hat gesagt, wir hätten immer nachgelegt. Nein, im Jahr 2016 hat die CSU für den Tourismus 10 Millionen Euro ausgegeben, also den Betrag abgeschmolzen. Im Jahr 2017 waren es 15 Millionen Euro und im Jahr 2018 im ersten Aufschlag 20 Millionen Euro.

Wir haben Ihnen das beim letzten Doppelhaushalt vorgehalten. Herr Kollege Stöttner hat sich dafür hier am Rednerpult entschuldigt. Die Gastronomen draußen fragen Leistungen im Umfang von 40 Millionen Euro ab. Warum schaffen Sie dafür keinen passenden Haushaltstitel? Unsere Gastronomen haben über Jahre hinweg investiert, obwohl Sie keinen Haushalts-

titel schaffen. Das zeigt doch, dass die Gastronomen und die Hotelbetriebe deutlich weiter als die Staatsregierung sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben das, was im Bereich des Tourismus möglich wäre, nicht entsprechend unterstützt. Sie hätten sonst einen anderen Aufschlag gebracht. Die Gastronomen und unsere Beherbergungsbetriebe sind schlau genug, um zu durchschauen, dass wir jetzt ein Wahljahr haben und im Wahljahr Geschenke nachgelegt werden. Das wird Ihnen aber nichts nützen. Eines muss klar sein: Ihr 10-Punkte-Programm, das ich schätze, ist nur dann etwas wert, wenn Sie es haushalterisch durchhalten können.

Eines wollen wir FREIEN WÄHLER nicht: Wir wollen nicht nur Leuchttürme, damit Sie Bändchen durchschneiden können. Wir wollen nicht nur den Premiumtourismus fördern. Wir wollen das tun, wofür wir als FREIE WÄHLER stehen: Wir wollen das ganze Land stärken. Wir wollen alle Gastronomen überall in Bayern stärken. Wir glauben, dass die Gastronomie überall wertvoll ist. Die Menschen spüren, welche Naturschätze und welche Besonderheiten Bayern hat. Deshalb gilt es, nicht nur die Leuchttürme zu fördern, sondern es gilt, in die Fläche zu gehen. Das haben Sie jahrelang nicht gemacht. Sie haben keine Flächenförderung betrieben. Sie haben unsere Gastronomen nicht im erforderlichen Maße berücksichtigt.

Wir FREIEN WÄHLER haben nie verstanden, warum Sie in den letzten fünf Jahren unseren Forderungen, zum Beispiel nach einer Dokumentationspflicht für einen Mindestlohn, nicht nachgekommen sind. Warum sind Sie den Gastronomen hier nicht entgegengekommen? Die Sozialministerin war hier viel weiter als das Wirtschaftsministerium. Unflexible Arbeitszeitregelungen: Die europäischen Arbeitszeitregelungen müssen jetzt endlich kommen. Hier brauchen wir einen anderen Ansatz. Warum gibt es bei dem einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 7 % keine Bewegung? Davon hören wir nichts. Digitales Zeitalter: Es ist wunderbar, wenn Sie alles digital anbieten, aber draußen in der Fläche wird keine digitale Infrastruktur, zum Beispiel Sendemasten, vorgehalten. Breitbandinternet ist dort nicht vorhanden. Sie können zwar viele Versprechen zur Digitalisierung abgeben, aber die Infrastruktur brauchen wir draußen.

Sie sprechen von den 100 besten Gastwirtschaften. Es ist schön, dass Sie die 100 besten Gastwirtschaften auszeichnen. Draußen gibt es aber viele junge Unternehmer, die bürokratisch einfache Förderungen bräuchten, die Sie nicht anbieten. Ich komme aus Oberfranken. Wir haben die meisten Bierbrauer.

Wenn diese Bierbrauer an die RÖFE-Förderung oder an die Tourismusförderung wollen, kriegen sie graue Haare. Diese Leute müssen wir stärken; denn sie geben Oberfranken ein Gesicht, sie schaffen es, dass die Touristen kommen. Dazu brauchen wir einfache Regeln.

Sehen wir uns einmal die Ochsenkopfreion an. Dort soll ein Lift mit RÖFE-Förderung gebaut werden. Wir diskutieren seit einem halben Jahr, damit die Gemeinden der Ochsenkopfreion 30 % RÖFE-Förderung für ihre Liftanlage bekommen. Sie kommen an diese 30-%-Förderung nicht heran, weil diese RÖFE-Förderung so schwierig gestrickt ist. Das hilft dem Tourismus nicht. Hier reicht es nicht aus, immer wieder etwas zu versprechen. Wir versprechen, wir versprechen. Entscheidend ist, dass die Programme kontinuierlich beibehalten und einfach gestaltet werden.

Wir müssen in allen Regionen Bayerns fördern. Dann können wir uns darüber freuen, dass viele Besucherinnen und Besucher nach Bayern kommen und ihren Urlaub in der Genussregion Oberfranken verbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner haben es schon gesagt: Unstrittig ist, dass der Tourismus in Bayern wächst und dass weltweit und auch in Bayern der Trend zum naturnahen Tourismus geht. Das ist unheimlich positiv. Wir müssen unsere einmaligen Naturschönheiten bewahren, damit man sie wirklich genießen kann. Ich lese die schönen Worte, die Sie in Ihr 10-Punkte-Programm und in Ihre Tourismusbroschüren geschrieben haben. Dort erwähnen Sie immer wieder die Schönheit der Natur. Ich zweifle aber an Ihren Taten.

Ich möchte das an einem Punkt sehr deutlich machen: Wir haben in diesem Hohen Haus vor Kurzem die Landesplanung, das LEP, geändert. Die Hotelburgen abseits der Ortschaften sind dringeblichen. Sie haben nicht einmal die Vorgabe gemacht, dass sie sich in das Landschaftsbild einfügen müssen, wie das bei den Gewerbegebieten der Fall ist. Nicht einmal dazu waren Sie bereit. Genau das wäre aber erforderlich, um die Naturschönheiten in Bayern zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Tourismusförderung wird viel Geld ausgegeben. Sie erhöhen diesen Betrag deutlich. In den letz-

ten Jahren wurde dafür schon Geld ausgegeben. Nach meiner Auffassung haben Sie dieses Geld komplett falsch verwendet. Lassen Sie mich dies an einem Beispiel deutlich machen. Ich kann mich noch sehr gut an die Einweihung der letzten zwei Bergsteigerdörfer erinnern. Herr Kollege Stöttner, die Wirtschaftsministerin und die damalige Umweltministerin waren dabei. Sie haben die Gemeinden lange für ihr tolles Konzept gelobt. Unstrittig ist, die Bergsteigerdörfer sind eine gewaltige Bereicherung für den Tourismus. Sie wirken nachhaltig. Das ist ein tolles Tourismuskonzept.

Sie haben den Gemeinden einen Scheck in Höhe von 30.000 Euro überreicht. Im gleichen Jahr haben Sie im Rahmen einer Premiumoffensive zwölf Hotelanlagen, die sich in Privatbesitz befinden, mit 6,2 Millionen Euro gefördert. Das entspricht durchschnittlich einer halben Million Euro für ein privates Hotel. Für Gemeinden, die auf nachhaltigen Tourismus setzen, für die Bergsteigerdörfer, waren dagegen nur 30.000 Euro übrig. Das läuft komplett falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine wichtige Fragestellung lautet, wie wir unsere Tourismusregionen wirklich fit für die Zukunft machen können. Es ist ganz klar: Die Herausforderungen, vor die uns die Erdüberhitzung stellt, sind anzupacken. Vor allem dürfen die Gemeinden nicht länger in Investitionen für einen Tourismus der Vergangenheit getrieben werden. Ich spreche hier ausdrücklich das Seilbahn- und das Schneekanonenprogramm an. Seit 2009 hat die Staatsregierung 8 Millionen Euro in Schneekanonen investiert, in das Seilbahnprogramm insgesamt 45 Millionen Euro. Sie werden den Wandel des Tourismus – dazu gehört, dass der Wintersport in den meisten Regionen Bayerns keine Zukunft mehr haben wird – auch mit noch so viel Geld nicht aufhalten können. Es wäre viel sinnvoller, das Geld jetzt in die Hand zu nehmen, um gemeinsam mit den Kommunen den Weg zu einem Tourismusmodell der Zukunft zu suchen, statt weiter den Weg in eine Sackgasse zu subventionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte einige Punkte eines guten Tourismuskonzepts, wie wir es uns vorstellen, ansprechen. Ziel der Tourismusoffensive muss es sein, dass der Tourismus möglichst in allen Regionen in vier Jahreszeiten und nicht nur in einer Jahreszeit funktioniert. Natürlich sind sowohl der Sommer- als auch der Wintertourismus zu stärken, ein Tourismus, der nicht auf Schneesicherheit angewiesen ist.

Was brauchen wir noch? – Wir sehen es doch selbst, wenn wir mit der Bahn zum Wandern in die Berge fah-



ren: Wir brauchen ein gutes Bus- und Bahnangebot auch in den Tourismusregionen. Wenn ich auf einem Wanderweg unterwegs bin, muss ich vom Zielort mit dem Bus wieder zurückkommen können. Das muss auch länderübergreifend funktionieren. Ihre Grenzkontrollen machen das sicherlich nicht einfacher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine weitere Maßnahme, mit der wir den Tourismus deutlich stärken können, ist die Betonung des Aspekts "Natur genießen". Das heißt nicht nur, die Wanderwege auszubauen. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir die Vorteile, das Einmalige, das jede Region Bayerns zu bieten hat, noch stärker hervorheben können. Es geht auch im Tourismus nicht darum, alle Regionen gleich zu machen. Das wird nicht funktionieren.

Ihr Konzept, dem Sie in den vergangenen Jahren gefolgt sind, und die entsprechenden Fördermaßnahmen – ich erinnere an die Premiumoffensive für die Hotels sowie den Ausbau bei den Schneekanonen und den Skiliften – standen unter dem Motto: Höher! Schneller! Weiter! Das wird im Tourismus nicht mehr funktionieren. Wir müssen zurück zu einem wirklich nachhaltigen Tourismuskonzept. Wir müssen Regionen stärken, wo die Menschen Natur genießen können. Deshalb ist es entscheidend, unsere geerbte, einmalige Kulturlandschaft, die die Touristen nach Bayern zieht, zu erhalten. Sie darf nicht mit einer verkehrten Landesplanung weiter kaputt gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Stöttner von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Klaus Stöttner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser früherer Ministerpräsident hat einmal gesagt: Bayern ist genauso ein Tourismusland wie es ein Autoland ist. – Liebe Kollegen von der Opposition, reden Sie unseren Tourismus nicht so schlecht!

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich habe ihn nicht schlechtgeredet!)

Wir haben in der Vergangenheit gute Entscheidungen getroffen. Ich darf Herrn Kollegen Glauber, der das Frankenland so lobend erwähnt hat, daran erinnern, dass der Freistaat vor 15 Jahren angesichts der schwierigen Situation in Franken das Konzept "Wein.Schöner.Land" so weit entwickelt hat, dass Franken jetzt als Genießerregion Bayerns gilt. Architektur und Vinotheken locken die Touristen an. Durch

den Wandel ist es gelungen, Franken so zu stärken, dass auch wir Oberbayern unheimlich gern nach Franken fahren.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere an die Investitionsstrategie in Niederbayern, die Erwin Huber schon vor 15 Jahren gestartet hat. Die Investitionen in den Zonenrandgebieten haben so klasse funktioniert, dass im Rahmen der Premiumoffensive sogar in Bodenmais, einer Gemeinde mit dreieinhalbtausend Einwohnern, bereits sieben Vier-Sterne-Häuser nebeneinander entstanden sind. Die Gäste dort sind zufrieden, weil sie mit Gastlichkeit begrüßt und mit toller Kulinarik aus der Region bedient werden.

Lieber Klaus Holetschek, wenn ich in das Allgäu schaue, dann stelle ich fest, dass dort nicht nur der Gesundheitstourismus boomt. Es ist wirklich beispielhaft, was ihr dort geschafft habt. Die Almbauern machen im Rahmen der Premiumoffensive Angebote an die Gäste, damit sie sich auch auf den Bauernhöfen wohlfühlen können. Das entsprechende Konzept ist exzellent weiterentwickelt worden. Die Strategie "Tophotels im Allgäu" ist ein Beispiel für ganz Bayern.

Ich bin Ministerin Aigner sehr dankbar für die Umsetzung der von der CSU-Fraktion auf den Weg gebrachten Offensive im Rahmen der Alpenstrategie. Wir sagen nach wie vor: Oberbayern ist nicht nur München. Oberbayern ist nicht nur das Oktoberfest. Wir haben touristische Angebote von Berchtesgaden bis Garmisch, sogar bis hinaus nach Eichstätt. Zur Weiterentwicklung der Strukturen bedarf es weiterer Investitionen.

Ich bin der Ministerin ebenfalls sehr dankbar, dass sie das von Erwin Huber im Jahr 2008 angestoßene Bergbahnförderprogramm so weit differenziert hat, dass die Barrierefreiheit und damit der Tourismus für alle so hohen Stellenwert einnehmen. Die Skigebiete sind insbesondere im Sommer auch für ältere und für behinderte Menschen begehbar. Darauf legen wir großen Wert. Auch dadurch werden wir den Herausforderungen durch den Klimawandel gerecht.

Der Tourismus hat in Bayern besonderen Stellenwert. Dass der Gastwirt im Mittelpunkt einer extremen Modernisierungsnotwendigkeit steht, haben wir alle erkannt. Im Rahmen unserer Offensive für die Gastwirtschaften – dazu gehören auch die Heimatwirtschaften – bringen wir nicht nur Blitzlichtberatungen auf den Weg. Das Investitionsprogramm für unsere Gasthöfe ist entscheidend, um den ländlichen Raum insgesamt zu stärken. Arbeitsplätze im Tourismus bedeuten eine Stärkung des ländlichen Raums. Die Anbindung an

die digitale, vernetzte Welt und damit an die Modernität ist für den Gast heute sehr wichtig.

Liebe Kollegen von der Opposition, verkennen Sie bitte auch nicht, dass die CSU entsprechende Zeichen setzt. Minister Franz Pschierer baut eine eigene Abteilung auf, um auch neue Strategien der Tourismusfinanzierung zu entwickeln. Er hat die LfA als Tourismusbank ausgerufen, um klare, transparente Entscheidungen im Sinne einer Fördermittelpolitik für alle, nicht nur für die Kommunen, sondern auch für die Unternehmer, herbeizuführen. Das ist lobenswert. Lieber Franz Pschierer, Hut ab vor diesem Aufschwung im Wirtschaftsministerium!

Unser neuer Ministerpräsident Markus Söder hat in seiner Regierungserklärung dem Tourismus hohen Stellenwert beigemessen. Es bleibt aber nicht bei Worten, sondern es folgen auch Taten. Der Ministerpräsident hat zum Beispiel beim Gastrofrühling verdeutlicht, welche Bedeutung unsere Gastronomen in Bayern haben. Das ist beeindruckend. Es bleibt nicht bei Worten, sondern es fließt auch Geld. Dass dies nicht nur im Wahljahr der Fall ist, beweisen wir seit Jahrzehnten. Wir meinen es gut mit unserer Tourismuswirtschaft. Deren Entwicklung ist beeindruckend. Dass die Staatsregierung in ihrem 10-Punkte-Programm dem Tourismus so hohen Stellenwert beimisst, unterstreiche ich.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr zufrieden, dass die CSU-Fraktion auch die kleineren Betriebe unterstützt. Wir bringen ein Investitionsprogramm im Sinne eines Impulsprogramms auf den Weg. Nachhaltigkeit spielt für uns eine entscheidende Rolle. Wir legen Wert auf Klasse, nicht auf Masse. Deswegen ist die CSU-Politik für den Tourismus der richtige Weg.

Ich danke auch der Opposition, dass sie den Tourismus wertschätzt. Ich bitte die SPD, bei Ministerin Nahles auf eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes hinzuwirken. Die SPD in Bayern muss endlich Tacheles reden, damit es in Berlin ankommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Sie ist mittlerweile Fraktionsvorsitzende! Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Gibis von der CSU das Wort.

**Max Gibis (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich die Reden der Opposition, insbesondere die von Herrn Hartmann und Herrn Glauber, angehört hat, muss den Eindruck bekommen, der Tourismus in Bayern liege am Boden,

kein Mensch fahre mehr nach Bayern und die von der Staatsregierung aufgelegten Förderprogramme

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Zuhören! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

seien so kompliziert und so schwierig, dass kein Mensch sie nutzen könne.

Den Tourismus in Bayern noch schlechter reden, das kann man nicht. Wir wissen allerdings, dass es – Gott sei Dank! – anders ist.

(Beifall bei der CSU)

Der Tourismus in Bayern ist nicht erst seit den letzten Jahren eine Erfolgsgeschichte. Er hat einen enormen, auch ökonomischen, Wert für die bayerische Wirtschaft, und das mit steigender Tendenz.

Gerade in strukturschwachen Gegenden hat der Tourismus noch größere wirtschaftliche Bedeutung als in ohnehin prosperierenden Gegenden. Bei mir in Ostbayern konnten mit gezieltem und qualitativem Ausbau, insbesondere des sanften Tourismus, des Naturtourismus – dieser Tourismus liegt im Trend –, viele Akzente gesetzt und gute Beispiele geschaffen werden. Dafür sind in erster Linie unsere Tourismusbetriebe, unsere Hotellerie, unsere Gastwirtschaften verantwortlich. Aber es gibt auch viele öffentliche Akteure. Das beginnt in den Gemeinden, die dafür sorgen, dass die lokale touristische Infrastruktur vorhanden und in Ordnung ist. Es geht weiter über Tourismusdestinationen – Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften –, die sich in den letzten Jahren gebildet haben und sehr erfolgreich arbeiten. Das geht dann weiter über die Dachverbände und die Tourismusverbände. In Ostbayern stellen insbesondere der TVO, in Franken der Tourismusverband Franken die notwendigen Strukturen und Werkzeuge zur Verfügung stellen.

All diese Aktivitäten unterstützt der Freistaat Bayern mit, wie ich meine, doch beachtlichen Fördermitteln. Diese Fördermittel werden keineswegs nur im Wahljahr, lieber Thorsten Glauber, aufgelegt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Aber komischerweise verdoppelt!)

Die Dachverbände erhalten eine fortwährende, andauernde Unterstützung für Marketingmaßnahmen. So haben der Tourismusverband Ostbayern im Jahr 2017 670.000 Euro und der Tourismusverband Franken 680.000 Euro nur für Marketingmaßnahmen zur Verfügung gestellt bekommen.

Extrem wichtig ist auch: Wir investieren in Qualität und Service und fördern diese. Herr Hartmann sagt, die Förderpolitik des Freistaats Bayern sei in den letzten Jahren total falsch gewesen. Ich muss Sie fragen: Ist es denn falsch, in Qualität und Service zu investieren und diese zu fördern? Das haben wir getan. Dabei spielt die regionale Wirtschaftsförderung eine bedeutende Rolle. In den letzten Jahren haben wir in Ostbayern, also in Oberfranken, in der Oberpfalz und in Niederbayern, in diesen drei Regierungsbezirken, allein in der gewerblichen Tourismusförderung mit Blick auf Qualitätsverbesserung und die Serviceverbesserung in der Hotellerie und der Gastronomie 570 Vorhaben mit mehr als 120 Millionen Euro gefördert. Mit diesen Mitteln wurde ein Investitionsvolumen von 610 Millionen Euro ausgelöst. Als positiver Nebeneffekt wurden gleichzeitig 1.100 Arbeitsplätze geschaffen und knapp 1.600 Arbeitsplätze gesichert.

Darüber hinaus gibt es auch die touristische Infrastrukturförderung, die ebenfalls das Ziel hat, Qualität und Service zu fördern und zu steigern. In dem genannten Zeitraum haben wir 54 Vorhaben mit 41 Millionen Euro gefördert. Das war ein Investitionsvolumen mit einer Größenordnung von mehr als 80 Millionen Euro. Hier also zum einen zu sagen, dass wir nur in Wahljahren Geld für die Tourismusförderung geben, und zum anderen zu sagen, dass die bisherige Tourismusförderung völlig falsch gewesen sei, entbehrt meines Erachtens jeder Realität.

Meine Damen und Herren, es ist sehr zu begrüßen, dass die Bayerische Staatsregierung und allen voran natürlich unser Wirtschaftsministerium ihrer Verantwortung bei den bewährten und von mir genannten Fördertöpfen nachhaltig nachkommen, aber nicht nur das. Mit der neuen Tourismusoffensive Bayern wird bewiesen, dass die neuen Entwicklungen aktiv angegangen werden und dass der Freistaat Bayern dabei die Akteure am Tourismusmarkt eben nicht alleine lässt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Kollege Muthmann für zwei Minuten das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Alexander Muthmann (fraktionslos):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zu Recht gesagt worden, dass es darum geht, den Tourismus neu zu denken und die Bedeutung des Tourismus zu unterstreichen. Der Wirtschaftsminister hat jetzt, im Jahr 2018, seit er im Haus Verantwortung trägt, eine eigene Abteilung gebildet, in der die Zuständigkeiten des Hauses konzentriert werden; das ist

richtig. Man könnte aber auch sagen: Allein im Wirtschaftsministerium hat es bis zum Jahr 2018 gedauert, um die organisatorischen Maßnahmen so zu treffen, dass dort wie aus einer Hand gearbeitet werden kann.

Das, was jetzt im Wirtschaftsministerium neben den fachlichen Initiativen, beispielsweise die Tourismusfachhochschule und andere Dinge mehr, aufgesetzt wurde, wäre im Übrigen auch eine Blaupause für die gesamte Staatsregierung; denn eine Vielzahl weiterer Zuständigkeiten gibt es in anderen Häusern, die leider nach wie vor nicht ausreichend koordiniert sind. Beispielsweise sollte im Landwirtschaftsministerium die LEADER-Förderung, die auch sehr stark den Tourismus und die regionale Entwicklung betont, auch in eine Zuständigkeit zusammengeführt werden. Die Landwirtschaftsministerin hat jetzt als Maßnahme die 100 ausgezeichneten Wirtshäuser vorgestellt und prämiert, ohne dass die bayerische Marketinggesellschaft Bayern Tourismus Marketing davon überhaupt etwas wusste. Inwieweit das Wirtschaftsministerium eingebunden war, weiß ich nicht. Es geht nicht nur darum, den Ministerien und den Ministerinnen und Ministern eine Präsentationsplattform zu bieten, sondern vor allem darum, das Marketing voranzubringen.

Darüber hinaus stelle ich die Frage: Müssen Schlösser und Seen im Finanzministerium angesiedelt sein? Diese sind für die Staatsregierung und insbesondere für das Umweltministerium auch eine wichtige Marketingmaßnahme, was Landschaft, Landschaftspflege und vor allem auch weiche Förderungen angeht. Darüber hinaus sind die Kommunen betroffen. Eine solche Marketingmaßnahme kann professionalisiert werden. Sehr geehrter Herr Minister, ich glaube, es ist eine Aufgabe, Anreize zu schaffen, aber nur in Größenordnungen, die auch etwas zu leisten vermögen. Ein Blick nach Österreich wäre durchaus hilfreich. Auch das Thema flexiblere Arbeitszeiten ist ein weiterer Faktor, der betrachtet werden muss. Sie waren auch beteiligt, die Dinge aufzusetzen.

Der Branche wäre sehr geholfen, wenn die Staatsregierung wie aus einer Hand arbeiten würde und im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministers neben der Förderung auch noch ein paar Fachthemen aufgreifen würde, um der Branche das Arbeiten zu erleichtern. Es ist noch einiges zu tun.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

**Alexander Muthmann (fraktionslos):** Herzlichen Dank.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Gut, danke schön. – Jetzt hat Herr Staatsminister Pschierer das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Franz Josef Pschierer (Wirtschaft, Energie und Technologie):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Tourismuspolitik im Freistaat Bayern ist für mich als zuständiger Minister Strukturpolitik und Wirtschaftspolitik per se. Ich möchte noch eine Zahl anfügen. Wir sind tatsächlich Tourismusland Nummer eins. Wir sind, was die ausländischen Gästeankünfte angeht, stärker als jedes andere Bundesland. Wir haben 19 Millionen Gästeankünfte aus dem Ausland; Nordrhein-Westfalen hat wesentlich weniger.

Ein zweiter Punkt. Für mich ist Tourismus neben vielen anderen Wirtschaftsbereichen des Freistaats Bayern eine Leitökonomie mit über 30 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung. Die Beschäftigtenzahlen sind genannt worden. Insbesondere ist er ein Wirtschaftsbereich, den wir nicht nur in den Metropolregionen, sondern in ganz Bayern haben. Deshalb ein Dankeschön an all die Personen, die in den letzten Jahren immer Qualität gewährleistet haben, nämlich unsere Hoteliers, unsere Gastronomen und insbesondere die Beschäftigten in unseren Tourismusorten, liebe Freunde.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich sehr wichtig ist: Man kann eine Offensive nicht starten, ohne die Strukturen dafür zu schaffen. Die Strukturen sehen wie folgt aus – von den Vorrednern ist schon angemerkt worden, dass neue Strukturen auch entsprechend Mittel bedingen –: Ich darf in diesem Hohen Haus festhalten, dass die Aufwendungen des Freistaats Bayern im Bereich Tourismus von 64 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro jährlich gesteigert werden. Eine solche Steigerung werden Sie in keinem anderen Bundesland finden. Deshalb ein klares Bekenntnis – das geht auch die Haushaltspolitik des Freistaats Bayern an –: Wir setzen auf die Zukunftsbranche Tourismus, und wir bilden das auch im Haushalt des Freistaates Bayern ab, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Ein Weiteres ist die Schaffung entsprechender organisatorischer Strukturen. Ich habe entschieden, eine neue Tourismusabteilung im Wirtschaftsministerium zu etablieren. Herr Kollege Glauber, Herr Kollege Hartmann, Frau Fehlner, man braucht auch eine Leitlinie. Diese Leitlinie heißt für mich: Im Freistaat Bayern wird es keinen Tourismus geben, den man unter dem Stichwort Eventtourismus oder Ballermann in den Alpen subsumieren kann, sondern nur einen Tourismus im Einklang mit Mensch und Natur.

Ich werde auch nicht auf Masse setzen, sondern auf Klasse. Alle Förderprogramme, die wir mit dieser Offensive aufstellen, beziehen sich auf qualitätsverbessernde Maßnahmen. Meine Damen und Herren, wir investieren auch in RÖFE. RÖFE ist übrigens die kommunale touristische Infrastruktur. Mit zusätzlichen Fördermitteln bieten wir den Kommunen die Möglichkeit, touristische Leuchttürme zu schaffen.

Zu den zehn Punkten in aller Kürze: Wir werden sehr stark auf das Thema Digitalisierung fokussieren, beispielsweise mit einer Bayern-Cloud für digitale Tourismusdienste. Wir werden das Thema Tourismusmarketing in den Fokus nehmen; als konkretes Beispiel nenne ich das Stichwort "Bayern feiern". Bayern hat eine Vielzahl von traditionsreichen Volksfesten. Wir werden an der Hochschule Kempten – Kollege Klaus Holetschek hat dies erwähnt – in Abstimmung mit den anderen Hochschulen im Freistaat Bayern ein Bayerisches Zentrum für Tourismus etablieren.

Wir werden die Hauptleistungsträger durch neue Förderprogramme zu den Themen "Qualität und Gastlichkeit", "barrierefreie Gastlichkeit" und "Heimatswirtschaften" stärken. Es wird mit der LfA Förderbank Bayern nicht nur Gespräche, sondern auch Veranstaltungen geben, was die Finanzierung im Tourismus angeht. Wir werden gemeinsam mit dem Bayerischen Heilbänderverband die Potenziale für Gesundheitstourismus erhöhen und die Koordination der Tourismuspolitik über die interministerielle Arbeitsgruppe hinaus nochmal verstärken.

Ich will abschließend auf etwas eingehen, was bei den Vorrednern nur zum Teil angesprochen worden ist. Klaus Holetschek, Klaus Stöttner, Erwin Huber und viele andere haben für meine Fraktion in den letzten Wochen und Monaten viele Einzelgespräche geführt. Hier hat sich gezeigt, dass die Branche dankbar für diese Förderprogramme und neuen Initiativen ist. Aber zu diesen Förderprogrammen hat die Branche bei zwei Punkten immer gesagt: Herr Minister, das wäre schön, wenn Sie uns da auch helfen könnten. Wir nennen deshalb abschließend ein paar wenige Punkte. – Es gab keine Veranstaltung, bei der das Thema Bürokratieabbau nicht gekommen wäre. Da mag sich jeder, auch in diesem Hohen Haus selber, an die Brust fassen und überlegen, wie oft wir dazu beitragen, nicht Bürokratie abzubauen, sondern Bürokratie aufzubauen. Darunter leiden die Kleinen mehr als die Großen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich kann Ihnen Gaststätten im Freistaat Bayern nennen, die 180 Jahre alt sind. In diesen 180 Jahren hat



es dort niemals gebrannt und es gab keine Lebensmittelvergiftungen. Aber im Moment machen wir alles, um den Wirten das Leben schwer zu machen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Genau!)

Frau Fehlner, beim Thema Arbeitszeit empfehle ich Ihnen einen Blick nach Österreich. Österreich macht uns im Moment vor, wie man freiwillig, nicht mit Zwang und Druck, die Arbeitszeit flexibilisieren kann. Eine Arbeitszeitgesetzgebung, wie wir sie heute haben, passt doch nicht mehr in diese Zeit, weder in der Industrie noch im Tourismus. Lassen Sie doch die Beschäftigten entscheiden anstelle der Funktionäre der Gewerkschaften oder der Spitzenfunktionäre Ihrer Partei!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme zu meinem dritten Punkt. Frau Fehlner, ich werde sorgfältig beobachten, wie die SPD auf Bundesebene mit einer Initiative des Freistaats umgehen wird. Der bayerische Finanzminister und das bayerische Kabinett sind in Bezug auf die sogenannten geldwerten Vorteile für Auszubildende Richtung Berlin aktiv geworden. Das gilt zwar nicht nur für die gastronomischen Betriebe; aber es muss doch möglich sein, dass man in diesem Land in der Hotellerie und Gastronomie einem Auszubildenden, der kostenlos Kost und Logis bekommt, nicht über den geldwerten Vorteil, der zu versteuern ist, einen großen Teil wieder abnimmt. Die klare Ansage der Staatsregierung lautet: Wir wollen, dass der geldwerte Vorteil bei Logis entfällt. Wir wollen ihn bei den Kosten für die Verpflegung um 20 % kürzen. Das wäre ein klares Bekenntnis zu dieser Branche und zu den jungen Auszubildenden, die nicht die höchsten Ausbildungsvergütungen haben, die wir aber dringend brauchen. Es geht darum, diesen Beruf ein Stück weit attraktiver zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kohnen, Frau Fehlner, sagen Sie Ihrem Bundesfinanzminister: Lass die Finger vom Thema "Ermäßigter Mehrwertsteuersatz bei den Beherbergungsleistungen". Ich kann Ihnen wie jeder andere nachweisen, dass für den Finanzminister die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes zu Mehreinnahmen geführt hat, nicht zu Mindereinnahmen, weil viele kleine Privathotels investiert haben.

Ich komme zu meinem allerletzten Punkt. Herr Hartmann, ich glaube, heute wäre es besser gewesen, Sie hätten den Kollegen Leiner sprechen lassen. Der kommt aus dem Allgäu; er kann das Seilbahnprogramm viel besser beurteilen als Sie.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir fördern doch keine Seilbahnen, damit die Wintertouristen auf den Berg rauffahren und auf Skiern wieder runterfahren,

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

sondern wir fördern den Ganzjahrestourismus. Ich habe angesichts der demografischen Entwicklung ein Interesse daran, dass Menschen unseren Alpenraum erleben können, meine Damen und Herren. Hören Sie deshalb mit der Diffamierung dieses Seilbahnprogramms auf! Gehen Sie in die Tourismuskommunen im Allgäu und in anderen Regionen. Die begrüßen dieses Programm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Herr Kollege Glauber, was den Ochsenkopf angeht, können wir uns gern alle nochmal unterhalten. Es geht letztlich um die Gesellschaftsstruktur am Ochsenkopf. Da kann man sich sicherlich trefflich streiten. Wir hatten im Allgäu selber solche Themen und haben sie durch eine Änderung der Gesellschafterstruktur hinbekommen.

Herr Hartmann, zum LEP: Sie werden keinen Architekten, keinen Planer und erst recht keinen Investor finden, der heute noch eine anonyme Betonbettenburg ins Allgäu stellt. Dort baut man landschafts-, natur- und umweltverträglich, ohne dass wir ihnen das vorschreiben müssen, weil sie das Thema Naturverträglichkeit als Alleinstellungsmerkmal entdeckt haben.

Insofern ist dieses 10-Punkte-Programm mit Geld und Organisationsstrukturen hinterlegt. Lassen Sie uns gemeinsam die Erfolgsgeschichte des bayerischen Tourismus weiterschreiben. Herzlichen Dank, alles Gute.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Gut gebrüllt!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:



**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
über die Bayerische Landeszentrale für politische  
Bildungsarbeit (Drs. 17/22908)  
- Erste Lesung -**

Herr Staatsminister Sibler begründet den Gesetzentwurf. Bitte sehr.

**Staatsminister Bernd Sibler (Unterricht und Kultus):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aus langer Erfahrung: Dort wird im Bereich der politischen und der historisch-politischen Bildung hervorragende Arbeit geleistet. Viele Menschen in Bayern warten sehr gespannt auf die Veröffentlichungen, aber auch auf die vielen Veranstaltungen, die von dort kommen. Gerade bei der Flüchtlingsbeschulung haben wir in den letzten Jahren mit dem eigenen Ordner "Mein Leben in Bayern" und vielen Arbeitshilfen, die ich in den letzten Monaten persönlich immer wieder in allen bayerischen Regierungsbezirken vorstellen konnte, einen wertvollen, auch pädagogischen Input geben können. Wir wissen, dass wir hier hervorragende, herausragende Arbeit leisten, wissen aber auch, dass sich aufgrund der veränderten Strukturen und des geänderten politischen Diskurses neue Aufgabenstellungen ergeben. Ich spreche von allen Themen, die mit den Fragen "Internet", "Missbrauch des Internets" und "Extremistische Äußerungen" zu tun haben.

Deshalb wollen wir mit dem aufgerufenen Gesetzentwurf in den nächsten Tagen sicherstellen, dass die Landeszentrale für diese neuen Aufgaben aufgestellt ist. Im Nachtragshaushalt, der morgen verabschiedet werden soll, haben wir dafür 12 weitere Stellen auf den Weg gebracht, um die Themen "Internet", "Echokammern" und "Fake News" bearbeiten und inhaltlich bestellen zu können. Das ist eine wichtige Anpassung an die Gegebenheiten der heutigen Zeit, die wir nicht nur in Form neuer Aufgaben an die Landeszentrale geben, sondern für die wir auch zusätzliche Stellen geben.

Daneben schlagen wir Ihnen vor, die Organisationsstruktur ein wenig zu ändern, sodass der Auftritt nach außen selbstständiger wird, die Anbindung nach innen aber, auch über das Kultusministerium, weiter sichergestellt ist. Es geht also um eine teilrechtsfähige Persönlichkeit. Das soll heißen, dass wir nach außen selbstständiger agieren, aber Dinge wie Haushaltsführung, Personalverwaltung und sonstiges weiter eng durch das Kultusministerium begleiten können. Das halte ich für ganz wichtig.

Ein Effekt kommt noch dazu: Gerade weil wir weiter mit den Schulen arbeiten können, sollen, wollen und müssen, ist es wichtig, dass wir weiterhin eine Anbin-

dung an das Kultusministerium haben. Das gibt dem Agieren dieses Gremiums ein Stück Autorität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landeszentrale soll sich also in Zukunft aktiver einbringen. Sie informiert und bietet Fortbildungen im kritischen Umgang mit dem virtuellen Diskurs in den Medien an. Es geht um Extremismus, die Betreuung von Social Media und Fake News. Natürlich sollen die pädagogischen Hintergründe ausgeleuchtet werden.

Wenn wir die Organisationsform ein Stück weit ändern, müssen wir auch die Organe ein klein wenig verändern: Die sieben Abgeordneten aus dem bisherigen Parlamentarischen Beirat werden weiter im Verwaltungsrat mit dabei sein. Wir haben aber die Bitte, neben Vertretern des Kultusministeriums auch Vertreter der Staatskanzlei, des Innenministeriums, des Wissenschaftsministeriums, des Finanzministeriums und des Familienministeriums einbeziehen zu können. Sie haben nämlich beim Thema Internetprävention – sage ich mal verkürzt – Expertise und Sachverstand. Der Kultusminister soll Vorsitzender des Verwaltungsrats bleiben. Den stellvertretenden Vorsitz soll einer der Landtagskollegen übernehmen.

Natürlich hat der Direktor, der weiterhin die operativen Geschäfte betreiben wird, eine starke Position. Das ist ganz wichtig. Bei dieser Besetzung ist sichergestellt, dass die Parlamentarier die Mehrheit haben und dass die Struktur, die sehr stark parlamentarisch geprägt ist, in parlamentarischen Händen bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen am Ende dieser Legislaturperiode. Das setzt uns bei allen weiteren Schritten, die wir unternehmen müssen, zeitlich etwas unter Druck. Deswegen sind wir sehr bemüht, das Gesetzgebungsverfahren zügig voranzutreiben. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Parlamentarischen Beirat bedanken. Wir haben vor wenigen Tagen ein intensives Gespräch gehabt, um uns austauschen zu können. Die Informationen sind erfolgt. Ich darf mich auch ganz herzlich dafür bedanken, dass der Bildungsausschuss schon signalisiert hat, mit einer Sondersitzung seinen Beitrag dazu zu leisten, dass das Gesetzgebungsverfahren schnell abgeschlossen werden kann. Wir brauchen dafür auch noch die Sitzungswochen im September.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dazu kommt, dass der sehr bewährte und tatkräftige Direktor der Landeszentrale, Dr. Parigger, zum 31. Dezember 2018 in den Ruhestand treten wird. Auch das setzt uns zeitlich etwas unter Druck, dieses Verfahren rasch abzuschließen. Ich bedanke mich deshalb ganz herzlich beim Parlamentarischen Beirat, dass er sig-

nalisiert hat, schnell mitzuhelfen, sodass wir die Landeszentrale mit dem jetzigen Parlamentarischen Beirat in die Zukunft führen können. Ich halte das für einen ganz wichtigen Beitrag und bedanke mich ausdrücklich bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die mithelfen, dass wir unsere Entscheidungen treffen können und dass wir diese Woche die Erste Lesung durchführen können. In dieser Woche soll noch die parlamentarische Beratung im Bildungsausschuss stattfinden. Wenn es eine zweite Runde braucht, kann sie gerne stattfinden, sodass wir dann im September dieses Verfahren mit der Zweiten Lesung hoffentlich abschließen können. Inhaltlich habe ich bisher eine große Übereinkunft festgestellt. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass wir alle sehen, dass Handlungsbedarf besteht.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung der Redezeiten darf ich als bekannt voraussetzen. – Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Güll für die SPD das Wort.

**Martin Güll (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal will ich der Aussage zustimmen, dass die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in den letzten Jahren seit der Umstrukturierung wirklich gute Arbeit leistet. Dafür möchte ich mich bedanken, und dafür gebührt auch dem Parlamentarischen Beirat, der diese Arbeit gut begleitet hat, ein Dank. Dieser Parlamentarische Beirat ist ein wichtiges Organ gewesen.

Leider kann ich dem Herrn Kultusminister in der Auffassung nicht ganz zustimmen, dass die Parlamentarier so problemlos der Umstrukturierung, die geplant ist, folgen werden. Ich habe in der Sondersitzung des Parlamentarischen Beirats, die ich erst erbitten musste, schon deutlich gemacht, dass ich die Eilbedürftigkeit dieser Umstrukturierung nicht sehe. Deshalb ist es, wie es ist: Die Mehrheit in diesem Hause hat den Bildungsausschuss dazu gezwungen, eine Sondersitzung abzuhalten, um dieses Gesetz zu beschließen. Dieses Gesetz ist eine Sache der Staatskanzlei, ich will nicht einmal unterstellen, dass es eine Sache des Kultusministeriums ist. Dieser Gesetzentwurf soll ohne Not auf Biegen und Brechen noch bis zum Ende der Legislaturperiode durchgepeitscht werden – dieses Wort benutze ich ganz bewusst. Es gibt aber keinen Grund, diese Änderung auf den letzten Drücker durchzuführen.

Ich will das gerne auch belegen. Ich habe vorhin schon gesagt, dass der Parlamentarische Beirat eine

gute Arbeit macht und ein gutes Kontrollgremium ist. Ich glaube auch, die gute Arbeit der Landeszentrale darauf zurückzuführen ist, dass die bisherige Struktur, die auf einer Verordnung beruht, so schlecht nicht war. Ich gebe gerne zu, dass man diese Struktur ändern kann. Man kann sie weiterentwickeln, da bin ich ganz dabei. Man sollte sie vielleicht auch weiterentwickeln. Die von Ihnen genannten inhaltlichen Themen hätte man aber auch mit der jetzigen Konstruktion behandeln können. Mit Fake News beschäftigt sich die Landeszentrale nicht erst, seit die Staatskanzlei entdeckt hat, dass das in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten stehen muss und wohl als neunter Punkt am 27. September abgehakt werden muss. Insofern ist die Eilbedürftigkeit einzig und allein durch die Staatskanzlei, aber nicht in der Sache selbst begründet.

Bisher war es sehr guter Brauch, dass wir im Parlamentarischen Beirat die Arbeit der Landeszentrale verändert, weiterentwickelt und begleitet haben. Ich erinnere an die letzte Strukturänderung, die wir initiiert haben. Alles ist einvernehmlich entschieden worden, weil es gut begründet und gut erklärt wurde. Keiner von uns Beiräten wusste in der Sondersitzung am 27. Juni – Sie hören richtig: 27. Juni –, wie der Gesetzentwurf aussehen wird. Auch die Kollegen der CSU waren überrascht. Das zeigt doch, dass der Parlamentarische Beirat überhaupt nicht mit der Änderung befasst war, von einer Anhörung von Experten und Fachverbänden ganz zu schweigen. Das ist keine gute Art, eine so wichtige Einrichtung wie die Landeszentrale vernünftig und erfolgreich weiterzuentwickeln. Deshalb bin ich skeptisch, ob dieses Verfahren der richtige Weg ist.

Ich bin in der Frage der Rechtsform offen. Man kann darüber reden, ob die teilrechtsfähige Anstalt des Öffentlichen Rechts der richtige Weg ist. Wir hätten uns etwas anderes gewünscht. Darüber hätten wir gerne diskutieren können. Es gibt auch andere Möglichkeiten: man könnte die Landeszentrale rechtlich so aufstellen, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist oder wie die Akademie in Tutzing organisiert ist. Darüber hätte man reden können.

Neu ist, dass wir jetzt aus einer Verordnung ein Gesetz machen. Ein Gesetz ändert man aber nicht wieder so schnell im Vorbeigehen. Deshalb hätte man diesen Gesetzentwurf sehr gewissenhaft erarbeiten und nicht nur über die Rechtsform, sondern auch über die Organe nachdenken müssen. Ich finde, es geht gar nicht – in die Richtung wird auch unser Änderungsantrag gehen –, dass neben den Parlamentariern gleichzeitig auch Vertreter der Staatsregierung quasi auf Augenhöhe und in gleicher Anzahl im Verwaltungsrat vertreten sind. Das geht so nicht. Das

müssen wir auf alle Fälle ändern. Ich sehe gar keinen Grund dafür, dass das Finanzministerium oder das Sozialministerium in diesem Beirat vertreten sein sollen. Es geht schließlich nicht nur um Themen wie Internet, Fake News und so weiter, wofür noch das Innenministerium zuständig sein könnte, sondern es geht um die politische Bildungsarbeit insgesamt. Dafür ist die Vertretung dieser Ministerien nicht notwendig. Deshalb werden wir eine Änderung beantragen. Wir werden das Heft des Handelns den Parlamentariern als Kontrollorgan neben dem Kultusminister, der den Vorsitz im Verwaltungsrat natürlich einnehmen muss, geben. Dass er den Vorsitz einnehmen muss, leuchtet bei dieser Konstruktion schon ein.

(Beifall bei der SPD)

Vollkommen unverständlich ist mir auch, warum man den Sitz der Landeszentrale vermutlich aus München verlagern will. Es gibt Hinweise darauf, dass die Staatskanzlei auch hier wieder eine Behördenverlagerung durchführen will. Man kann das bei manchen Behörden vielleicht tun, nicht aber bei der Landeszentrale, die überall in der jeweiligen Landeshauptstadt angesiedelt ist und deren Kooperationspartner auch hier vor Ort sind. Das Backoffice ist auf einen Umzug überhaupt nicht vorbereitet. Es gibt also gar keinen Grund, das zu tun. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass sie in München bleibt.

Mir persönlich ist wichtig, dass wir die Landeszentrale gemeinsam mit der Wissenschaft und den Kooperationspartnern weiterentwickeln. Wir möchten auch gerne im Gesetz festgehalten haben, dass ein Wissenschafts- und ein Fachbeirat eingerichtet werden kann.

Sie sehen, dass es insgesamt noch Gesprächsbedarf gibt. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das in der Kürze der Zeit hinbekommen. Auch wenn wir diesen Gesetzentwurf am Donnerstag im Ausschuss beraten werden, gibt es keine Zeit mehr für eine Mitberatung und eine große Diskussion über diese Themen, wenn wir am 27. September das Gesetz endgültig beschließen sollen. Mein Vorschlag oder mein Rat wäre, den Gesetzentwurf jetzt abzusetzen und ihn in der nächsten Legislaturperiode in Ruhe neu einzubringen.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Güll. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Hofmann für die CSU-Fraktion.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zunächst einmal ist es angebracht, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit einen Dank auszusprechen. Sie leistet eine hervorragende

Arbeit. Wer sich ihren Internetauftritt ansieht, weiß, dass sich die politische Bildung in den letzten Jahren massiv geändert hat. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, Schritt zu halten. Ich bedanke mich herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich bisher im Beirat engagiert haben, dass wir als Parlamentarier die Arbeit der Landeszentrale begleiten können. Ich weise jedoch darauf hin – der Kultusminister hat es deutlich gemacht –, dass wir mit der Zeit gehen müssen. Die Herausforderungen unserer Demokratie sind gerade in den letzten drei oder vier Jahren an niemandem vorbeigegangen. Lieber Herr Kollege Güll, an dieser Stelle gibt es leider einen Dissens. Nach meiner Auffassung ist es dringend erforderlich, den Aufgabenbereich auszuweiten und in ein Gesetz zu gießen. Ich glaube nicht, dass wir die Aufgaben in der bisherigen Konstellation bewältigen könnten. Die Fragen des Extremismus und der Digitalisierung spielen eine wichtige Rolle.

Wir diskutieren immer über die Herausforderungen und Chancen, die die Digitalisierung bringt. Leider birgt die Digitalisierung für die Gesellschaft und den politischen Prozess bestimmte Gefahren. Es ist wichtig, dass sich die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit damit beschäftigt, nicht um Politik zu machen, sondern um die Menschen darauf aufmerksam zu machen, wie sich die Kommunikation verändert und wo die Gefahren lauern. Heutzutage kann im Grunde alles neu gemacht werden. Wird eine Rede völlig anders vertont, kann das dazu führen, dass eine vollkommen andere politische Meinung vermittelt wird. Das darf uns nicht kalt lassen. Wir brauchen die Landeszentrale, die die Bürgerinnen und Bürger darauf hinweist, dass sie nicht alle laufenden Bilder oder alle Standbilder mit Beschriftung im Internet für bare Münze nehmen sollten. Deswegen ist der Ansatz wichtig.

Herr Kollege Güll, ein Dissens besteht auch bei der Frage des Verfahrens. Ich bin immer sehr dafür, dem Parlament ausreichend Zeit zur Diskussion zu geben. In dem Gesetzentwurf, über den wir jetzt reden, geht es jedoch um ganze fünf Artikel. Die gesamte Gesetzesbegründung ist sieben Seiten lang. Ich glaube nicht, dass es für uns als Parlamentarier problematisch sein wird, uns damit zu befassen. Herr Kollege Güll, Sie kennen die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aus Ihrer eigenen Tätigkeit. Sie können sehr gut beurteilen, was richtig ist und getan werden muss. Ich glaube, dass uns das Verfahren keine Schwierigkeiten bereiten wird. Sollten Sie Änderungsanträge haben, werden wir über diese gerne diskutieren. Es wäre schön gewesen, wenn Sie heute schon einen Vorschlag gemacht hätten, damit man sich damit beschäftigen kann. Sie hätten uns sagen können, was Sie sich statt einer teilrechtsfähigen Anstalt

des öffentlichen Rechts vorstellen. Wir werden uns damit gerne am Donnerstag im Bildungsausschuss befassen.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass die Herausforderungen nicht auf uns warten. Herr Kollege Güll, deshalb ist es wichtig, die Beratungen wegen fünf Artikeln nicht bis zur nächsten Legislaturperiode zu verschieben. Stattdessen sollten wir heute und in den nächsten Wochen Nägel mit Köpfen machen. Wir befinden uns auf Augenhöhe und werden das gemeinsam schaffen.

Herr Kollege Güll, Sie haben die Diskussion über die Frage angesprochen, inwieweit Parlamentarier einen wesentlichen Einfluss auf die Geschicke der Landeszentrale haben. Ich glaube, der Einfluss der Parlamentarier ist auch mit diesem Gesetzentwurf gewahrt. Die Parlamentarier werden im Verwaltungsrat nach wie vor die Mehrheit haben. In diesem Gremium werden keine politischen Tagesgeschäfte thematisiert. Es geht um eine grundsätzliche Auslegung der Frage, wie man mit politischer Bildung und Demokratie umgeht und wo die Gefahren für die Demokratie lauern. Die Gefahren lauern an den rechten und linken Rändern sowie beim politischen sowie religiösen Extremismus. Herr Kollege Güll, von daher bitte ich Sie, nicht aus einer Mücke einen Elefanten zu machen, wenn es um die Besetzung des Verwaltungsrats geht. Ich bezweifle, dass wir in den nächsten Jahren Kampfabstimmungen durchführen werden müssen, bei denen es auf die Mehrheit im Gremium ankommt. Ich würde mich freuen, wenn Sie dem Gesetzentwurf zustimmen.

Ich habe meine Redezeit nicht ausgenutzt. Vielleicht muss ich noch einmal ans Pult, nachdem die Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN gesprochen haben. Ich freue mich auf die weitere Diskussion im Bildungsausschuss und danke dem Ministerium für die flotte Vorlage des Gesetzes. Die Herausforderungen warten nicht auf uns. Deswegen müssen wir schnell handeln. Dementsprechend bitte ich um wohlwollende Prüfung.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Für die Fraktion FREIE WÄHLER hat Herr Kollege Dr. Fahn das Wort. Bitte sehr.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, wir brauchen die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in der Zukunft. Sie hat auch in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet. Sie muss natürlich weiterentwickelt werden. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Landes-

zentrale für politische Bildungsarbeit für die bisherige Arbeit. Herr Güll spricht von Biegen und Brechen. Wir sagen: Gut, das stimmt. Das ist sehr schnell. Ich denke jedoch, man kann das in der Zeit schaffen.

In Zeiten, in denen der Populismus zunimmt, muss die Politik aufpassen. Wir dürfen die jungen Menschen nicht verlieren. Das würde bedeuten, dass wir auch die demokratische Zukunft unseres Landes verlieren. Rassistische, extremistische, antisemitische und terroristische Einstellungen hängen oft mit fehlender politischer Bildung zusammen. Auf diese Weise entsteht ein antidemokratisches Weltbild. Politische Entscheidungen müssen intensiv erklärt werden. Extremismus muss auch durch politische Bildung bekämpft werden. Durch gelebte Demokratie betreiben wir Prävention. Gelebte Demokratie bedeutet auch mehr Partizipation junger Menschen. Junge Menschen müssen früher und stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Wir haben auch schon über einige Beispiele diskutiert. Dazu zählt die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die CSU sollte in Zukunft bereit sein, dies zumindest für Kommunalwahlen zu tun. Dort geht es um Themen, die die Jugendlichen konkret in ihrer Heimat betreffen.

Das Service-Learning verbindet schulisches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement. Schüler sind Streetworker oder arbeiten in der Drogenprävention. Schüler engagieren sich aktiv in Kitas oder in der Verbraucherberatung. Im Endbericht der Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben", der morgen vorgestellt wird, wurde das Service-Learning-Konzept einstimmig verabschiedet.

Laut Vorlage des Gesetzentwurfs soll es auch darum gehen, auf digitale Hassprediger reagieren zu können. An dieser Stelle nennen wir das Erfolgsprojekt "MotherSchools", in dessen Rahmen Mütter insbesondere mit Migrationshintergrund für die Themen Gewalt und Radikalisierung bei Kindern und Jugendlichen sensibilisiert werden sollen. Ziel des Projekts ist es, die Handlungskompetenz von Müttern für eine friedliche und humanistische Erziehung in der Familie zu erreichen. Das Projekt ist im Sozialausschuss einstimmig verabschiedet worden. Wir wollen, dass dieses Projekt auch von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit personell und finanziell unterstützt wird. In diesem Zusammenhang betone ich, dass ein Pilotprojekt in Erlenbach am Main startete.

Digitalisierung ist wichtig. Wir brauchen hierfür viele Fachkräfte. Deshalb sind auch zwölf neue Stellen geplant. Es muss sichergestellt werden, dass die IT-Spezialisten, die sich mit den neuen Entwicklungen auskennen und Kompetenz in pädagogischen Fragen



aufweisen, zum Einsatz kommen. Über diese konkreten zwölf Stellen müssen wir noch im Ausschuss beraten.

In den letzten fünf Jahren hat die Landeszentrale eine zufriedenstellende Arbeit geleistet. Selbstverständlich gibt es auch Defizite. Ich nenne zwei Beispiele: In einer Sitzung des parlamentarischen Beirates wurde vorgeschlagen, einen Demokratiebus für den ländlichen Raum, in Gemeinden und an Schulen einzuführen. Der Demokratiebus sollte die Flexibilität und Mobilität in der Werteerziehung erlauben. Im Januar kam plötzlich eine Meldung: Dieses Projekt ist gegenüber dem Finanzministerium nicht durchsetzbar gewesen. Im Rahmen des Nachtragshaushalts haben wir hierzu noch einen Antrag gestellt, der jedoch ebenfalls abgelehnt worden ist. Ein Demokratiebus der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit auf dem Land – das muss man auch sagen – ist vom damaligen Finanzminister Markus Söder abgelehnt worden. Markus Söder hat jedoch Geld für ein Raumfahrtprogramm und eine bayerische Grenzpolizei. Wir müssen die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit stärken. Das ist wichtig und eine Zukunftsaufgabe. Das zweite Beispiel ist das neue "Gütesiegel Demokratie". Jedoch handelt es sich lediglich um ein Pilotprojekt an Mittelschulen in der Oberpfalz. Das Projekt "Gütesiegel Demokratie", welches eine gute Sache ist, müsste für alle bayerischen Schulen zur Verfügung stehen und umgesetzt werden.

Wir, die FREIEN WÄHLER, begrüßen die grundsätzliche Neuausrichtung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Das neue Ziel ist die verstärkte Bekämpfung von politischem Extremismus in den sozialen Medien. Die Präventionsarbeit ist ein weiteres Ziel. Das müssen wir tun. Bisher wurde noch nicht erwähnt, dass die AfD in verschiedenen Bundesländern die Landeszentralen für politische Bildung massiv angreift und versucht, die Mittel zu streichen. Angeblich kämen nämlich linksextreme Autoren zu Wort. Dem ist aber nicht so. In Bayern hat die Landeszentrale für politische Bildung bisher eine sehr gute parteiunabhängige Arbeit geleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Dr. Fahn. – Für die GRÜNEN hat nun der Kollege Gehring das Wort. Bitte sehr.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem Positiven beginnen. Das Beste steckt nicht im Gesetzentwurf, sondern im Nachtragshaushalt: Für die Landeszentrale sind nämlich zwölf neue Stellen vorgesehen. Damit nähert sich die Personalausstattung der Lan-

deszentrale für politische Bildung langsam der Ausstattung in anderen Bundesländern an. Jedoch müssen die Landeszentrale und der Parlamentarische Beirat bestimmen können, in welchem Aufgabenbereich diese Stellen eingesetzt werden. Die Einrichtung muss sich organisch entwickeln.

Positiv ist auch, dass der Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der Landeszentrale in Richtung Digitalisierung und deren Folgen für die politischen Diskurse, die vermeintliche Informationsbeschaffung und den demokratischen Meinungsbildungsprozess gelegt wird.

Ja, wir müssen etwas gegen Fake News und Hetze im Netz tun. Wir müssen etwas für Aufklärung, echte politische Teilhabe und einen vernünftigen politischen Diskurs im Netz tun. Die Zeit ist reif dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Positiv ist auch die Entwicklung in Richtung Anstalt des öffentlichen Rechts und eine größere Unabhängigkeit vom Kultusministerium. Somit kann die Landeszentrale selbstständiger agieren. Die Anbindung an das Kultusministerium stellt jedoch weiterhin einen Haken dar. Darauf werde ich später noch eingehen.

Ich stelle mir jedoch folgende Fragen: Wieso gibt es bei diesem Gesetzentwurf ein derartiges Hauruckverfahren? Warum wird der Gesetzentwurf derart schnell eingebracht? Warum wurde der Beirat zunächst nicht informiert? – Er musste in einer Sondersitzung informiert werden.

Meine Zweifel werden größer, wenn ich mir die Regierungserklärung von Markus Söder anschau. Unter dem großen Titel "ein neues Kapitel der Demokratie" steht nämlich Folgendes: Wir wollen die Landeszentrale neu aufstellen, sie aus der reinen Betrachtung vergangener politischer Prozesse herausholen und sie in die Debatte, wie Politik weitergeht, integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landeszentrale befindet sich bereits in einer Phase der Neuaufstellung, auch dank der Arbeit von Sepp Dürr und anderer im Parlamentarischen Beirat. In den letzten Jahren, seit ich im Parlamentarischen Beirat bin, hat sich die Landeszentrale Stück für Stück neu aufgestellt. So wurde die Gedenkstättenarbeit ausgelagert. Es wurde eine neue Abteilung geschaffen. Der noch amtierende Präsident Herr Dr. Parigger und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wirklich gute Arbeit geleistet. Die Aussage, wonach sich die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit lediglich der rückwärtsgewandten Politikbetrachtung gewidmet hätte, zeugt von der großen Unkenntnis dessen, der die Regierungserklärung vorgelesen bzw. geschrieben hat. Selbstver-



ständig ist die Landeszentrale heute schon digital unterwegs und reagiert auf das, was sich im Netz abspielt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Aufgabe der Weiterentwicklung der Landeszentrale muss mit Klugheit und Sorgfalt angegangen werden. Sie taugt nicht für den Profilierungszwang eines Markus Söder vor der Landtagswahl. Natürlich geht es nicht nur um die Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus, sondern auch um die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.

Jetzt komme ich zu den problematischen Themen. Der Kollege Güll hat bereits auf die Probleme hinsichtlich des Verwaltungsrates hingewiesen. Eine Regierung und die Regierungsfractionen können durchregieren, aber ein Parlamentarischer Beirat repräsentiert eher das, was unsere parlamentarische Demokratie in ihrer Vielfalt ausmacht. Wichtig wäre es, den Parlamentarischen Beirat zu behalten oder neu einzurichten. Dieser soll durch ein Kuratorium ergänzt werden, in dem Personen aus Wissenschaft und Praxis eine Rolle spielen. Personen aus Wissenschaft und Praxis sollen dort ihre Impulse setzen.

Dass der Dienstsitz nicht mehr in München sein soll, ist schon sehr komisch. Die Landeszentrale gerät nun tatsächlich zwischen die Mühlsteine der Söderschen Behördenverlagerung. Da kann ich nur sagen: Vorsicht! Sie wird nicht arbeitsfähig sein, da die Mitarbeiter schnell weg sein werden. Sie alle sind abgeordnete Lehrkräfte, die gleich wieder an die Schule zurück können, wenn sie wollen.

Nun komme ich zur organisatorischen Anbindung an das Kultusministerium. Wenn die Landeszentrale ihren Sitz in Rosenheim, Landshut oder Gunzenhausen hat, wird es nicht mehr die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium geben. Dann muss nämlich vor Ort eine eigene Verwaltung aufgebaut werden. Das wird teuer werden. Außerdem ist es unsinnig. Die Frage ist: Lässt sich dieser Gesetzentwurf noch ändern? – Herr Minister, Sie haben in der Beiratssitzung signalisiert, dass wir das vielleicht gemeinsam schaffen könnten.

Folgende drei Dinge müssten geändert werden: Erstens. Der Auftrag für digitale Bildung muss präziser formuliert werden. Zweitens. Die Landeszentrale braucht einen Parlamentarischen Beirat und ein Kuratorium. Drittens. Der Dienstsitz muss München bleiben.

Es würde mich freuen, wenn wir das interfraktionell hinbekommen würden. Als jemand, der schon öfter ein Gesetz interfraktionell gestaltet hat, möchte ich

darauf hinweisen, dass dies Augenhöhe zwischen allen Beteiligten verlangt. Außerdem verlangt es Bereitschaft von der Mehrheitsfraktion, auf die Forderungen der Opposition einzugehen. Außerdem sind eine dienende Rolle des Ministeriums und der Staatsregierung notwendig. Auch braucht es genügend Zeit. Vielleicht bringt aber auch gerade der Zeitdruck ein positives Ergebnis.

Gibt es eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um das Gesetz gemeinsam auf den Weg zu bringen? – Wir wären dann dabei. Wir werden auch Änderungsanträge einbringen. Wir ziehen diese aber gerne zurück, wenn wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Wenn wir aber zu keiner gemeinsamen Lösung kommen, schlage ich vor, dass Sie diesen Gesetzentwurf zurückziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Gehring. – Der Kollege Hofmann hat sich bereits vorbehalten, sein restliches Redezeitkontingent auszuschöpfen. Bitte sehr.

**Michael Hofmann (CSU):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ob ich es geahnt hätte. Ich bedauere den Verlauf dieser Debatte. Ich bedaure, dass man versucht, auf dem Rücken der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit einen Wahlkampf aufzuziehen.

(Martin Güll (SPD): So ein Quatsch! Das ist ja unglaublich!)

Sie diskutieren immer wieder darüber, was unser Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt oder nicht gesagt hat. Ich halte das für höchst problematisch. Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit arbeitet dafür, die Werte der Demokratie zu verteidigen und die entstehenden Gefahren am linken und rechten Rand zu erkennen. Die Landeszentrale klärt über religiösen Extremismus auf. Sie sind sich jedoch nicht zu schade dafür, das Thema über solche Ausflüge zu missbrauchen.

(Widerspruch bei der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ein Schmarren!)

Sie haben noch genügend Zeit, Wahlkampf zu betreiben. Ich verstehe Ihr Problem in dieser Sache wirklich nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Sie missbrauchen die Landeszentrale! So schaut es doch aus! – Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist Wahlkampf!)

Es war wichtig, die Anzahl der Stellen zu erhöhen. Es war wichtig, dass der Ministerpräsident einen Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der Landeszentrale gelegt hat.

(Florian von Brunn (SPD): Im Sinne der CSU weiterentwickelt!)

Wir haben darüber diskutiert. Anstatt sich mit der Thematik an sich zu beschäftigen, haben Sie nichts Besseres zu tun, als die Inhalte der Regierungserklärung, egal ob diese selber geschrieben oder nur vorgelesen worden ist, zu bewerten. Sie haben dieser Sache und der Diskussion zum Gesetzentwurf keinen Dienst erwiesen. Vor allem mit der Art und Weise wie Sie in Ihren Redebeitrag eingestiegen sind, haben Sie den möglicherweise sachlich interessanten Punkten einen Bärendienst erwiesen. Sie haben damit Ihre Argumente relativiert. Deswegen finde ich es schade, welchen Verlauf diese Diskussion genommen hat.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Vor allem mit Ihrem Beitrag!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Einen kleinen Moment, bleiben Sie bitte. – Jetzt darf Herr Gehring auch noch. Der hat nämlich eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Kollege Hofmann, Ihnen ist vermutlich entgangen, dass ich meinen Redebeitrag mit dem Positiven begonnen habe. Ich habe zunächst die Tatsache, dass zwölf Stellen geschaffen werden, lobend hervorgehoben. Ich habe die Staatsregierung gelobt. Ich habe gelobt, dass es mit dem Thema "digitale Mündigkeit" weitergeht. Ich habe gelobt, dass es in die Richtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts geht.

Zum Schluss habe ich Ihnen eine Frage gestellt. Mich interessiert nun Ihre Antwort. Sind Sie zu einer interfraktionellen Zusammenarbeit bereit? Sind Sie zur gemeinsamen Entwicklung des Gesetzentwurfs bereit? Sind Sie zur gemeinsamen Diskussion und Veränderung im Parlament bereit? Wir sind gerne dazu bereit, wenn Sie auch dazu bereit sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Michael Hofmann (CSU):** Herzlichen Dank, Herr Kollege Gehring. Natürlich haben Sie mit etwas Positivem Ihre Rede begonnen. Das war Ihr Feigenblatt. Jedoch hat das Ende Ihres Redebeitrags die wahre Gesinnung gezeigt. Lassen Sie mich zu Ihrer Frage klar Stellung nehmen. Die Frage bezieht sich auf etwas Selbstverständliches: Natürlich sind wir bereit, über den Gesetzentwurf zu diskutieren. Das ist schließlich unsere Aufgabe im Parlament. Dafür sit-

zen wir auch im Bildungsausschuss. Wenn Sie allerdings der Meinung sind, dass interfraktionelle Zusammenarbeit bedeutet, dass wir zu dem, was Sie vorschlagen, Ja und Amen sagen, wenn noch nicht einmal die Änderungsanträge vorliegen,

(Unruhe bei den GRÜNEN)

dann sage ich Ihnen vor diesem Hintergrund: So sehe ich eine interfraktionelle Zusammenarbeit nicht.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Sie brauchen sich darüber gar nicht aufzuregen. Ich sagte gerade: Wenn das so wäre, dann wäre das keine interfraktionelle Zusammenarbeit. Dieses Versprechen werde ich Ihnen vor diesem Hintergrund nicht geben. Ansonsten aber sind wir gerne bereit, die Änderungsanträge, wenn sie denn vorliegen, zu beraten.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Noch einen kleinen Moment, Herr Kollege Hofmann. Kollege Güll hat sich auch noch gemeldet.

**Michael Hofmann (CSU):** Wenn ich an diesem Pult schon einmal reden darf – –

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Bitte schön.

**Martin Güll (SPD):** Ja, Herr Kollege, da muss man die Gelegenheit wahrnehmen. – Herr Präsident, Herr Kollege! Das ist jetzt aber doch etwas eigenartig. Ist es Ihre Vorstellung von gemeinsamer Arbeit, dass wir abnicken, was Sie vorgeben? – Das kann es doch auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ich habe Ihnen extra eine Brücke gebaut, indem ich Sie darauf hingewiesen habe, wie die Mitglieder des Parlamentarischen Beirats, bisher wirklich interfraktionell, aufgrund der notwendigen Aufgaben zusammengearbeitet haben. Herr Kultusminister, ich hoffe wirklich, dass das nicht Ihr Stil ist, wie er jetzt in dieser Debatte aufscheint. Sie, Herr Kultusminister, sind für dieses Thema verantwortlich. So können wir jedenfalls nicht weitermachen. Im Parlamentarischen Beirat haben wir uns darauf verständigt, dass wir das eine oder andere noch anpassen müssen. Da haben Sie gesagt, und zwar ganz richtig, wie ich finde: Wir müssen darüber reden. – Leider ist es dem Zeitdruck geschuldet, dass wir nicht vernünftig darüber reden können, denn eigentlich hätten wir uns erst im Parlamentarischen Beirat verständigen müssen. Dafür

ist aber keine Zeit gewesen. Nun müssen wir das im Bildungsausschuss öffentlich austragen. Deshalb müssen wir solche Mittel wählen wie den Änderungsantrag. Ich stimme Herrn Kollegen Gehring zu: Wir würden die Änderungsanträge selbstverständlich zurückziehen, wenn wir uns noch verständigen könnten. Wir haben nur noch die Möglichkeit, das am Donnerstag zu klären. Ich verstehe nicht, warum Sie diese Schärfe in die Debatte bringen, Herr Kollege Hofmann. Ich glaube, eigentlich müssten Sie Ihr Verhalten einmal überdenken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Es steht Ihnen frei zu antworten, Herr Kollege Hofmann.

**Michael Hofmann (CSU):** Lieber Herr Kollege Güll, was das mit Schärfe zu tun haben soll, weiß ich nicht. Es ist schlicht und ergreifend so, dass es zum parlamentarischen Prozess gehört, das Gesetz im Parlament zu beraten. Ich sehe hier kein Problem. Wir beschäftigen uns mit jedem Änderungsantrag, den Sie vorlegen. Wir werden uns mit jedem Änderungsantrag sachlich auseinandersetzen. Wenn darin gute Ideen enthalten sind, werden wir ihnen näher treten. Wenn wir der Meinung sind, dass die Ideen nicht so gut sind, dann werden wir im Bildungsausschuss unsere Auffassung dazu vertreten. Das ist doch parlamentarische Gepflogenheit. Ich verstehe gar nicht, wo Sie jetzt mit meiner Haltung ein Problem haben. Wir sehen in der Vorgehensweise keinen Dissens. Ich danke Ihnen deshalb, dass Sie so interessiert mitdiskutiert haben. Ich freue mich auf die Diskussion am Donnerstag, auch wenn diese erst nach der Plenarsitzung stattfinden wird. Da müssen wir uns halt noch ein bisschen Zeit nehmen. Ich glaube aber, das sollte uns die Bayerische Landeszentrale für Politische Bildung allemal wert sein.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke, Herr Kollege Hofmann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Artenschutz in Bayern - Bayerisches Artenschutzgesetz (Drs. 17/23106) - Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zehn Minuten Redezeit. Ich eröffne damit zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung auch bei diesem Tagesordnungspunkt 24 Minuten. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich eines Tages mal erleben darf und das Glück haben sollte, Opa zu werden,

(Tobias Reiß (CSU): Das hängt nicht allein vom Glück ab!)

dann kann es durchaus sein, dass mein Enkelkind fragt: "Opa, waren Igel eigentlich gefährlich?" Oder mein Enkelkind fragt zum Beispiel an Ostern: "Haben Hasen wirklich Eier gelegt?" – Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das mag witzig klingen, aber es ist wirklich nicht zum Lachen. Wir erleben gerade einen Artenschwund, wie wir ihn in unserem Land noch nie erlebt haben. Er findet weltweit statt, aber auch hier in Bayern. Dieser größte Artenverlust seit dem Aussterben der Dinosaurier ermahnt uns, endlich politisch zu handeln und die Weichen anders zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob Igel, Hase, Rebhuhn, Grasfrosch oder Hamster – all diese Tiere waren Jahrhunderte Mitbewohner unserer von der Landwirtschaft geprägten Kulturlandschaft. Heute sieht man sie in den Fluren unseres Landes kaum noch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, man muss es sich einmal wirklich vorstellen: Über die Hälfte unserer Brutvogelarten sind, im Beamtendeutsch gesagt, in einem ungünstigen Erhaltungszustand. Bei vielen bekannten Arten, beispielsweise der Feldlerche, gibt es eine erhebliche Verschlechterung im Kurzzzeitrend. Die Hälfte unserer Libellenarten ist gefährdet, genauso rund die Hälfte der Heuschreckenarten. Dramatisch ist auch die Situation der Schmetterlinge. Die Rote Liste wird bei jeder Veröffentlichung länger, nicht kürzer. Das Artensterben betrifft nicht nur die Insekten, sondern es betrifft auch die Tierarten, die die Insekten fressen, also beispielsweise unsere Vogelarten. Knapp die Hälfte

aller wild lebenden Säugetiere in Bayern ist vom Aussterben bedroht, ein Großteil unserer heimischen Reptilien genauso wie viele Blumen, Kräuter und Pflanzenarten. Sie alle sind vom Aussterben bedroht, weil ihre Lebensräume immer weiter zurückgehen. Sie finden im wahrsten Sinne des Wortes zwischen Gewerbeparks und Agrarmonokulturen keinen Lebensraum mehr. Das muss sich ändern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch dieses Aussterben einer Tier- und Pflanzenart nach der anderen gerät unser Ökosystem aus dem Gleichgewicht. Man kann es auch anders sagen: Wir stehen wirklich knapp vor einer Katastrophe. Es geht um nichts Geringeres als darum, das zu erhalten, was uns erhält.

Wir, die Fraktion der GRÜNEN, haben deshalb ein Artenschutzgesetz vorgelegt. Wir wollen, dass die CSU-Politik der schönen Worte, der Appelle und der Freiwilligkeit, endlich beendet wird. Das alles haben wir beim sparsamen Umgang mit Grund und Boden, beim Thema Flächensparen, schon erlebt. Sie sind mit Ihrer Politik in diesen Bereichen gescheitert. Da muss sich jetzt etwas ändern. So kommen wir nicht mehr weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt geht es wirklich darum, für den Artenschutz in Bayern anzupacken. Das ist das Gebot der Stunde. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Artenschutz braucht eine Lobby in Bayern. Der Artenschutz braucht eine feste Verankerung in der bayerischen Gesetzgebung. Die Landwirte haben den Bauernverband, die Kommunen haben ihren Städte- und Gemeindetag, die Wirtschaft hat die Industrie- und Handelskammern. Unsere Tiere und Pflanzen brauchen ebenfalls starke Fürsprecher für ihre Lebensinteressen. Da sie selbst aber nicht sprechen können, muss das der Staat übernehmen. Das machen wir mit unserem Artenschutzgesetz für Bayern, das wir heute vorlegen. Das ist die nötige Antwort auf eine Entwicklung, die ich nicht mehr bereit bin, weiter zu akzeptieren und ihr tatenlos zuzusehen.

Unser "Geszentwurf zum Artenschutz in Bayern – Bayerisches Artenschutzgesetz" umfasst eine Reihe von Maßnahmen. Wir wollen im Bayerischen Naturschutzgesetz neue Regelungen schaffen. Wir wollen Gesetzestexte wie das Wassergesetz, das Waldgesetz und das Agrarwirtschaftsgesetz anpassen. Ziel unseres Maßnahmenpakets ist es, dem Schutz unserer Tier- und Pflanzenwelt einen festen Platz in der bayerischen Gesetzgebung zu geben. Das müssen wir hier in Bayern entscheiden, nirgendwo anders. Nur so können wir die Artenvielfalt für unsere Kinder

und Enkelkinder wirklich erhalten. So können wir auch die Artenvielfalt wieder zurückgewinnen.

Im Kern geht es um drei konkrete Ansätze. Wir wollen den Einsatz der Ackergifte und des Düngers in der Landwirtschaft und im staatlichen Bereich deutlich zurückdrängen. Wir wollen Lebensräume für wildlebende Tiere und Pflanzen sichern, schützen und dort, wo es notwendig ist, auch neue schaffen. Auch darum muss es gehen. Außerdem wollen wir den Förderrahmen des Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetzes anpassen. Wir wollen ökologisch wertvolle Kleinstrukturen. Sie müssen erhalten und wieder geschaffen werden können.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, was den Pestizideinsatz angeht, so ist es doch wirklich ein Unding, dass bei uns in Bayern auch heute noch Insektenvernichtungsmittel bei der Bewirtschaftung staatlicher Flächen eingesetzt werden. Es ist doch ein Unding, dass Privathaushalte viel zu einfach an Pflanzengifte kommen, die dann in den Gärten und Vorgärten eingesetzt werden.

Was für mich persönlich aber wirklich unglaublich war – man kann es sich wirklich kaum vorstellen –: Bei uns in Bayern dürfen in Naturschutzgebieten, in gesetzlich geschützten Biotopverbänden, noch immer Insektenvernichtungsmittel ausgebracht werden. Das muss sich ändern. Das wollen wir endlich stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern ein klares Verbot von Giften in Naturschutzgebieten. Keine konventionelle Landwirtschaft auf Naturschutzflächen! Wir müssen zu einer giftfreien Landwirtschaft kommen. Das geht natürlich nur, wenn wir die Landwirte mitnehmen und nicht gegen sie arbeiten. Aber diesen Weg müssen wir gehen, wenn wir die Artenvielfalt wirklich erhalten wollen.

Damit die Nitratwerte in unserem Grundwasser abnehmen und weniger Nitrat in die Bäche und Flüsse gelangt, wollen wir im Bayerischen Wassergesetz endlich die hier so oft diskutierten Gewässerrandstreifen von zehn Metern, auf denen die Ackernutzung verboten sein soll, festschreiben.

Wir wollen Biotope weiter stärken und schützen. Biotope sind die einzigen Rückzugsorte von Arten und die Hotspots der Artenvielfalt. Wir müssen sie ausweiten und stärken. Nicht ohne Grund unterstehen bei uns aktuell beispielsweise Moorwälder und alpine Hochstaudenfluren einem besonderen Schutz. Wir wollen die Liste geschützter Biotope endlich erweitern und zusätzlich Streuobstwiesen und magere Flachlandmähwiesen aufnehmen, um Insekten und Vögeln wieder einen Lebensraum zu geben, in dem sie bes-

sere Lebensbedingungen vorfinden und in dem ihre Population steigen kann.

Ein großer Teil unseres Artenschutzgesetzes betrifft die Natura-2000-Gebiete. Sie machen 11 % der Landesfläche aus. Wir wollen sie aufwerten und unter einen starken Schutz stellen, um den Kampf gegen das Artensterben noch gewinnen zu können.

Unser Gesetzentwurf greift in mehrere Gesetze ein. Ich habe das vorhin schon kurz angesprochen. Uns geht es darum, vorhandene Regeln weiterzuführen und ganzheitlich zu denken, damit wir ein ganzheitliches Artenschutzprogramm für Bayern bekommen. Wir ändern und ergänzen das Bayerische Naturschutzgesetz. Dadurch schützen wir zum Beispiel Alleen, schieben vor allem den vogel- und insekten-schädlichen Himmelsstrahlern einen Riegel vor. Wir wollen eine Grundlage dafür schaffen, dass eine Biotopkartierung endlich regelmäßig stattfindet; mein Kollege Christian Magerl hat es oft genug erwähnt. Das wollen wir festlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gehen das Thema umfassend an und ändern auch das Bayerische Wassergesetz. Neben der Einführung von sinnvollen Regeln für Landwirte wollen wir festlegen, dass künstliche Beschneidungen in Wasser- und Naturschutzgebieten eingeschränkt bzw. unterbunden werden.

Wir wollen im Bayerischen Waldgesetz den Biotop-schutzwald als besonders erhaltenswerte Waldgesellschaft fest verankern. Dies ist ein für die Artenvielfalt äußerst wichtiger Lebensraum, den wir dringend schützen und ausbauen müssen.

Wir wollen aber auch im Fischereigesetz etwas ändern. Wir wollen ganz klar festlegen, dass der Besatz unserer Gewässer mit gentechnisch veränderten Organismen unterbunden wird und nicht stattfinden darf.

Wir stärken Biotopverbünde in der Landesplanung und bäuerliche Kleinstrukturen, die für die Artenvielfalt enorm wichtig sind. Letzteres können wir durch eine Änderung des Agrarwirtschaftsgesetzes in Bayern endlich anpacken.

Mit all den Maßnahmen in unserem Gesetzentwurf leisten wir einen starken Beitrag, um den heimischen Tieren und Pflanzen wieder genügend Lebens- und Rückzugsräume einzuräumen.

Zum Schluss möchte ich eine Debatte ansprechen, die ich schon erwarte: Auch uns GRÜNEN ist sehr bewusst und ganz klar, dass wir den weltweiten Kampf gegen das Artensterben nicht allein in Bayern gewin-

nen werden. Aber in unserem Gesetzentwurf sind die Maßnahmen aufgeführt, mit denen Bayern etwas tun kann und für die wir in diesem Hohen Haus die Verantwortung tragen. Diese Probleme wollen wir anpacken, um den Artenschutz in Bayern endlich zu stärken. Dafür sorgt unser Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unseren Gesetzentwurf haben wir selbstverständlich die Empfehlungen aus der Expertenanhörung im Umweltausschuss aufgenommen. Sie hat vor Kurzem stattgefunden. Der vorliegende Gesetzentwurf, den wir heute in der Ersten Lesung behandeln, trägt zum größten Teil ganz deutlich die Handschrift meines geschätzten Fraktionskollegen Dr. Christian Magerl. Mit ihm zog vor 32 Jahren geballte Umweltkompetenz in den Bayerischen Landtag ein. Mit der Landtagswahl am 14. Oktober beendet der Kollege Christian Magerl seine parlamentarische Karriere. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich Danke für seine hervorragende fachliche Arbeit sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Und Sie möchte ich bitten, sich unseren Gesetzentwurf genau anzuschauen. Ihnen ist die Herausforderung des Artensterbens durchaus bewusst. Wir müssen hier zu einer Lösung kommen. In diesem Sinne wünsche ich mir konstruktive und am Ende erfolgreiche Beratungen unseres Gesetzentwurfs. Damit verfolgen wir das Interesse, die Artenvielfalt in Bayern zu erhalten. Diese Verantwortung haben wir hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Hartmann. – Für die CSU-Fraktion darf ich Frau Kollegin Schorer-Dremel das Wort erteilen. Bitte schön.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, werte Gäste! Landschaft und Natur im Freistaat Bayern sind mit einer einzigartigen Schönheit und Vielfalt gesegnet worden. Etwa 80.000 Arten leben in Bayern, die meisten in unseren heimischen Wäldern. Eine zusätzliche Bedeutung als besonderer Lebensraum hat die Alpenregion. Diesen Reichtum der Schöpfung gilt es aus ethischen und ökologischen Gründen zu bewahren. Die biologische Vielfalt ist nicht nur von großer Bedeutung für unsere Ökosysteme; sie ist zugleich Grundvoraussetzung für einen ertragreichen Anbau von Lebensmitteln und fördert die Gesundheit. Kurzum: Von der biologischen Vielfalt profitiert auch der Mensch in großem Maße.



Leider haben wir derzeit einen Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen. Die biologische Vielfalt ist weltweit, auch in Europa und in Deutschland, in einem ernsten Zustand. Der Klimawandel, der auch in Bayern spürbar ist, bedeutet für den Artenschutz eine zusätzliche Herausforderung. Nach Angaben des Umweltministeriums sind von den Tieren, Pflanzen und Pilzen, die für die Erstellung der Roten Liste der in Bayern gefährdeten Arten untersucht wurden, über 40 % bedroht. 5,7 % seiner Tierarten und 3,5 % seiner Pflanzenarten hat Bayern bereits verloren. Alarmierend ist auch der Rückzug vieler ehemals häufiger Arten aus manchen Landesteilen.

Insofern ist es überhaupt nicht verkehrt, wenn vonseiten der Opposition ernst gemeinte Verbesserungsvorschläge kommen und die Debatte weitergeführt wird. Allerdings muss man sich die Vorschläge im vorliegenden Gesetzentwurf im Detail ansehen und überlegen, wie sinnvoll sie sind und ob es nicht schon gleichbedeutende Maßnahmen gibt. Das geltende Bayerische Naturschutzgesetz ist seit Jahrzehnten bewährt und wird den Aufgaben gerecht. Ein besonderes Augenmerk wird in Bayern auf das Prinzip der Freiwilligkeit und Akzeptanz gerichtet.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Gescheitert!)

Eine Trendwende im Artenschutz kann unserer Meinung nach nur erreicht werden, wenn alle Bereiche der Gesellschaft mitwirken. Nur mit den Menschen und nicht, wenn ihnen etwas aufgezwungen wird, können Erfolge im Arten- und Naturschutz erzielt werden. Zudem gilt es, Bürokratie zu verringern und nicht neue aufzubauen. Wir wollen nicht auf Verbote setzen, sondern Anreize schaffen. Im Zusammenspiel von Natur- und Umweltschutz mit Land- und Forstwirtschaft lautet die Leitlinie: Freiwilligkeit, Beratung, Eigenverantwortung und Kooperation vor Ordnungsrecht.

(Beifall bei der CSU)

Für den Bereich des Pflanzenschutzes und der Düngung gibt es bereits detaillierte bundesrechtliche Regelungen. Zum Beispiel trat vor einem Jahr die neue Düngeverordnung in Kraft. Mit ihr wird die EU-Nitratrichtlinie umgesetzt; sie entspricht damit europäischem Standard. Die Regelungen in der neuen Düngeverordnung sind sehr weitreichend und stellen eine deutliche Verbesserung für den Umweltschutz dar. Deswegen besteht aus unserer Sicht kein Bedarf, die Landwirte mit einer noch weiter gehenden Regelung zu konfrontieren.

Was den Einsatz von Pestiziden in Nationalparks, Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten betrifft, ist der Einsatz dieser Mittel in diesen Gebieten bereits

jetzt nur in Ausnahmefällen möglich. Schutzgebietsverordnungen können gleichwohl bereits jetzt entsprechende Vorschriften zur Zulässigkeit von Pestiziden enthalten,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Können!)

so wie im Gesetzentwurf gefordert.

Der sogenannte Grünlandumbruch auf ökologisch sensiblen und artenreichen Standorten ist bereits in Artikel 3 Absatz 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes geregelt. Auf diesen Standorten soll Grünland erhalten bleiben. Bayern hat sich bewusst für eine Gebotsregelung entschieden, weil dies dem bayerischen Weg der Freiwilligkeit entspricht und die Weiterführung bestehender Verträge sichert.

Himmelsstrahler, Beleuchtungsanlagen und sonstige künstliche Lichtquellen können in der Tat einen negativen Einfluss auf die Umwelt haben. Aus diesem Grund gibt es im Bundes-Immissionsschutzgesetz diesbezüglich klare Regelungen und Mindestanforderungen, um schädliche Umwelteinwirkungen zu vermeiden. Was jedoch die Auswirkungen von künstlichen Lichtquellen auf Insektenpopulationen betrifft, sehen wir noch einen großen Forschungsbedarf, weswegen die CSU-Fraktion in dieser Sache erst letzte Woche einen eigenen Antrag eingebracht hat, der einstimmig angenommen wurde. Erst wenn die möglichen Auswirkungen von Lichtquellen auf Insekten abschätzbar und Zusammenhänge evident sind, können klare Aussagen über entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsregierung tut bereits sehr viel. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Dazu bekennen wir uns, und dafür tun wir auch einiges. Bayern hat als erstes Bundesland eine eigene Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorgelegt. Bereits 2008 hat die Staatsregierung die Bayerische Biodiversitätsstrategie beschlossen, die vier Handlungsschwerpunkte hat: Schutz der Arten- und Sortenvielfalt, Schutz und Erhalt von Lebensräumen, Vernetzung der Lebensräume durch Biotopverbund, Vermittlung von Umweltwissen durch Bildung und Forschung.

Ganz im Sinne der Biodiversität ist im Freistaat Bayern in den vergangenen Jahren die Fläche, auf der Maßnahmen zum Naturschutz stattfinden, sukzessive gewachsen. Dazu gehören, um nur einige Beispiele zu nennen, die beiden Nationalparke Bayerischer Wald und Berchtesgaden, die beiden Biosphärenreservate Berchtesgadener Land und Rhön, die 758 Na-

tura-2000-Gebiete, die 587 Naturschutzgebiete und die zahlreichen Naturparke, 19 an der Zahl. Bayern verfügt dadurch über ein flächendeckendes Netzwerk, welches dem Schutz der Artenvielfalt dient. Hinzufügen kann ich auch noch die 61 Landschaftspflegeverbände.

2014 wurde die erwähnte Biodiversitätsstrategie durch das zusätzliche Biodiversitätsprogramm 2030 deutlich ergänzt. 180 konkrete Umsetzungsmaßnahmen sorgen für eine klare Strategie. Beispielsweise haben wir auch mit über 100 Artenhilfsprogrammen und dem Artenaktionsprogramm Bayerische Artenvielfalt mehrere bedrohte Arten gerettet wie die Kleine Hufeisennase, den Weißstorch, den Steinadler und das Bayerische Löffelkraut, um nur einige zu nennen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie reden es schon wieder schön!)

Über 400 Bayernnetz-Naturprojekte haben entscheidend zur Verbesserung des Biotopschutzes und des Biotopschutzverbundes beigetragen. Die Ausrichtung des Biodiversitätsprogramms bis 2030 zeigt, dass der Erhalt der Arten-Lebensraumvielfalt für die Staatsregierung auch langfristig im Fokus der bayerischen Politik stehen wird.

Ich denke, wir werden uns auch im Umweltausschuss weiterhin damit auseinandersetzen und diskutieren. Herr Hartmann, abschließend kann ich Ihnen als Mutter und als Großmutter, aber auch aus eigener Erfahrung durchaus versichern: Es gibt viele Arten, die man mit Kindern betrachten kann

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Nicht nur im Tierpark!)

und die man untersuchen kann, wenn man nur zur Haustüre hinausgeht. Ihre Sorge kann ich Ihnen nehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Es gibt bessere Arten als Ihre, mit Problemen umzugehen!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Schorer-Dremel. – Kollege von Brunn für die SPD. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unsere eigenen Lebensgrundlagen sind durch ein Massenaussterben von Tieren und Pflanzen in Gefahr, wie es bisher nur wenige Male in der Erdgeschichte vorgekommen ist. Sonst wurde so ein Geschehen durch Naturkatastrophen ausgelöst. In diesem Fall sind aber wir selbst die Ursache. Wir wissen, dass dieses Massenaussterben auch in Bayern stattfindet. Das zeigen

nicht nur die Daten aus dem Bayerischen Biodiversitätsprogramm, sondern seit letztem Donnerstag wissen wir das auch durch einen Bericht im Umweltausschuss zum Rückgang der Insekten- und Vogelfauna in Bayern. Wir wissen jetzt, wie katastrophal die Situation im Einzelnen ist.

44 % der in Bayern heimischen Vögel sind entweder ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder gefährdet. Ähnlich sieht es bei den Insekten aus. Auch in Bayern zeigt sich das Insektensterben in erschreckendem Ausmaß. Fast die Hälfte der Insektenarten ist bereits ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder gefährdet. Bei den untersuchten Libellen gab es einen Rückgang um 75 %, bei Tagfaltern um 65 %. In den Isarauen bei Dingolfing gibt es nur noch 14 von 58 Bienenarten. Die bayerischen Schmetterlingsbestände sind in den letzten 50 Jahren sogar um bis zu 90 % zurückgegangen, sagen die Forscher der Zoologischen Staatssammlung. Es ist nicht mehr fünf vor zwölf, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist fünf nach zwölf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Vor allem das Insektensterben hat enorme Auswirkungen auf die ganze heimische Natur und das gesamte Ökosystem. Es gefährdet nicht nur unsere Landwirtschaft, weil die Bestäuber auszusterben drohen und weil Nützlinge auszusterben, die Schädlinge natürlich bekämpfen. Nein, es gefährdet auch die wilden Pflanzen und die Tierarten, die auf die Insekten als Nahrung angewiesen sind.

Die Situation lässt sich mit einem Hang vergleichen, dessen Stabilität immer weiter untergraben wird. Es bricht immer mehr ab, und irgendwann kommt der gesamte Hang ins Rutschen und ist nicht mehr aufzuhalten. Er reißt alles mit, am Ende auch uns.

Deswegen ist es gut, dass die Fraktion der GRÜNEN heute einen Gesetzesvorschlag vorlegt, der dem entgegenwirken soll. Der Entwurf enthält viele Forderungen, die wir auch unterstützen und gerne unterstützen. Dazu zählen der Schutz von Dauergrünland und das Verbot seines Umbruchs, die Verbesserung des Biotopschutzes und eine stärkere Berücksichtigung in der Landesplanung, ein besserer Biotopverbund in Bayern, das Verbot von Pestiziden im öffentlichen Bereich, im privaten Bereich und in Schutzgebieten und natürlich die Einführung von Gewässerrandstreifen.

Allerdings bin ich mir nicht sicher, ob dieses Artenschutzgesetz ausreicht, und ich will das auch gerne begründen. Sie schlagen etliche Einzelmaßnahmen vor, die sich aber noch zu keinem wirksamen und vollständigen Werkzeugkasten gegen das Insekten- und

Artensterben zusammensetzen. Um das zu verstehen, muss man die Ursachen noch einmal genauer in den Blick nehmen. Die CSU-Staatsregierung hat in ihrem aktuellen Bericht zum Insekten- und Vogelsterben ein weiteres Mal ganz offen eingeräumt, dass eine der wesentlichen Ursachen der Nutzungswandel und die Veränderungen in der Landwirtschaft sind, die Entwicklung hin zur Intensivlandwirtschaft, die Bildung immer größerer Betriebe und das Sterben der kleinen Landwirtschafts- und Nebenerwerbsbetriebe. Das Aussterben von Tieren und Pflanzen steht also in engem Zusammenhang mit der Flurbereinigung, dem Vormarsch von Chemie, der Überdüngung, mit dem Verlust an kleinen und mittleren Höfen und damit der Vielfalt in der Bewirtschaftung.

Diese Entwicklung wurde leider in zu großer Einseitigkeit viel zu lange von der Politik, aber auch vom Bauernverband – Stichwort: Wachsen oder Weichen – vorangetrieben. Viele Bauern sind die Opfer dieser Entwicklung, in die sie von falschen Propheten und falschen Beratern getrieben wurden. Deswegen muss der zentrale Ansatzpunkt sein, landwirtschaftlichen Betrieben zu helfen und den Bauern die Hand zu reichen, um eine naturschonende Bewirtschaftung zu verwirklichen. Wir müssen die Bauern viel stärker als bisher dabei unterstützen, den Pestizideinsatz drastisch zu reduzieren, die Überdüngung effektiv zurückzufahren und extensiver, nicht intensiver, zu wirtschaften. Das geht. Dieser Aspekt kommt mir hier etwas zu kurz. Ebenfalls zu kurz kommt bzw. fehlt die Bekämpfung der Umweltkriminalität, die auch in ein Artenschutzgesetz gehört. Ich will aber nicht zu viel Kritik üben; denn die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Grunde richtig.

Ein Problem oder das Problem, das wir in Bayern haben – das hat man auch gerade wieder in den Ausführungen der Kollegin Schorer-Dremel gehört –, ist doch ein ganz anderes. Es ist die CSU-Staatsregierung mit ihrer Lobbypolitik und ihren geschickt kaschierten Defiziten im Umweltschutz. Sie täuscht Aktivitäten vor, die aber allesamt nicht ausreichen oder nicht umgesetzt werden. Auf diese Politik der CSU, liebe Kolleginnen und Kollegen, trifft das zu, was der Kabarettist Alfred Dorfer so beschrieben hat: Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht. Das Erzählte reicht Ihnen, das ist Ihr Credo, meine Damen und Herren von der CSU. Was Sie hier machen, ist besonders verantwortungslos. Sie unternehmen nicht nur viel zu wenig und betreiben ohne Scham reine Lobbypolitik, sondern Sie täuschen auch noch die Menschen in Bayern und in Deutschland durch Nebelgranaten und Blendwerk, und das bei einer so wichtigen Frage, bei einer Existenzfrage der Menschheit.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege von Brunn. – Für die Fraktion FREIE WÄHLER kommt Kollege Zierer. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Artenschutz hat uns in den vergangenen Wochen mit einer Expertenanhörung in einer Aktuellen Stunde und mit einem Bericht des Umweltministeriums im Ausschuss wiederholt beschäftigt. In der Öffentlichkeit hat das Thema richtig Fahrt aufgenommen durch die Diskussion über das Insektensterben. Den Auslöser, die sogenannte Krefelder Studie, muss man zwar sehr differenziert sehen; aber dass Handlungsbedarf besteht, haben uns die Experten im Ausschuss eindrucksvoll bestätigt.

Die Diskussion hat Wirkung gezeigt. In Bayern tut sich etwas. Die Staatsregierung hat Maßnahmen angekündigt: im Artenschutzzentrum, in mehr Forschung zum Aufbau eines Insektenmonitorings und zusätzlichen Artenhilfsprogrammen oder zusätzlichen Mitteln für Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege. Hier wurde eine Kernforderung der FREIEN WÄHLER erfüllt, die seit langem erhoben wurde.

Wir begrüßen diese Maßnahmen, wir glauben allerdings nicht, dass es ein Artenschutzgesetz in der Form braucht, in der es die GRÜNEN vorgelegt haben. Wir könnten bei einigen Punkten mitgehen, zum Beispiel beim Alleenschutz. Wir hatten kürzlich eine Petition zum Erhalt einer alten Allee, einem Naturdenkmal im Landkreis Erding. Es ist schön: Wir waren uns alle einig, dass sie erhalten werden muss. Hoffentlich wird sie auch erhalten.

Es ist auch richtig, dass die Anlage von ökologisch bedeutsamen Kleinstrukturen als Ziel und förderfähige Maßnahme ausdrücklich ins Agrarwirtschaftsgesetz soll. Wir haben in der Praxis zwar schon entsprechende Fördermaßnahmen, aber man kann immer mehr tun.

Man kann und muss die Bedeutung dieser kleinen Strukturen aber nicht nur betonen, sondern ausbauen. Wir brauchen wieder mehr Säume, mehr Hecken, mehr Gehölze in der Landwirtschaft. Wir brauchen in unserer ausgeräumten Landschaft auch wieder mehr Totholz und nicht diesen Drang nach Sauberkeit in der Landschaft. Man hängt danach zwar wieder Insektenhotels auf, aber das kann es nicht sein.

Es ist wichtig, dass für die flächendeckende Landwirtschaft die gesetzlichen Rahmenbedingungen passen. Es kann nicht im Sinne des Erfinders sein, was hier im Antrag der GRÜNEN steht; denn eine bäuerliche

flächendeckende Bewirtschaftung ist der Garant unserer Kulturlandschaft.

Wir sind der Ansicht, dass beim Gewässer- und beim Erosionsschutz auf freiwilliger Basis bereits einiges passiert ist und dass es auf diesem Weg weitergehen muss. Genauso ist es beim Verbot von Pestizidwendungen in Naturschutzgebieten. Pflanzenschutzmittel, die gefährliche Stoffe enthalten, dürfen in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Naturdenkmälern oder Biotopen ohnehin nicht verwendet werden. In den Natura-2000-Gebieten gilt das Verschlechterungsverbot. In einigen Fällen ist der Einsatz bestimmter Mittel offensichtlich unumgänglich. Bei den Managementplänen für Natura-2000-Gebiete wird ganz deutlich, dass dieser Gesetzentwurf zu sehr auf Regulierung und zu wenig auf Kooperation setzt. Diese Managementpläne sollen per Rechtsverordnung verbindlich gemacht werden. Gerade beim Thema FFH war es extrem wichtig, die Grundeigentümer, die Landwirte und Bewirtschafter mit einzubinden und mitzunehmen. Das war das Entscheidende für die Akzeptanz dieser Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind deshalb auch an Runden Tischen erarbeitet worden. Auch die Umsetzung soll auf kooperativer Basis erfolgen. – Wie gesagt, der Gesetzentwurf enthält einige gute Punkte und Ansätze. Wir FREIEN WÄHLER können ihm aber in der Gesamtschau nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege Zierer. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist damit die Aussprache geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung  
über Verfassungsstreitigkeiten,  
Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß §  
59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln  
beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste ein-

verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Jetzt kommen die Kollegen außerhalb der Fraktionen. Kollege Felbinger, darf ich fragen? – Enthaltung. Und Kollege Muthmann? – Auch Enthaltung. Gut, danke. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der  
Sozialgesetze (Drs. 17/21571)  
- Zweite Lesung -**

Zu diesem Gesetzentwurf wurde im Ältestenrat vereinbart, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/21571 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration auf Drucksache 17/22995 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt Zustimmung. Der endberatende Ausschuss stimmt ebenfalls zu.

Durch das 2. Nachtragshaushaltsgesetz, das der Landtag morgen verabschiedet wird, wird auch das vorgenannte Gesetz geändert. Da das Haushaltsgesetz vorher in Kraft tritt – dieses Gesetz tritt erst am 1. Januar 2019 in Kraft –, ist der Hinweis auf die letzte Änderung bei der Veröffentlichung dieses Gesetzes dementsprechend anzupassen.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Die beiden Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos) stimmen auch zu. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen einschließlich der beiden Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Vielen Dank. Dann brauche ich keine Gegenstimmen mehr abzufragen. Das ist dann einstimmig beschlossen. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz der Än-



derung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze".

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 17/21572) - Zweite Lesung -**

Auch zu diesem Gesetzentwurf wurde im Ältestenrat vereinbart, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/21572 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drucksache 17/23000 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt Zustimmung. Der endberatende Ausschuss stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 4 Absatz 1 als Datum des Inkrafttretens den "1. August 2018" und in Absatz 2 als Datum des Außerkrafttretens der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Wasserverbandgesetzes den "31. Juli 2018" einzufügen. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 17/23000.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. – Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind auch wieder alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen einschließlich der Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Danke schön. Damit brauche ich keine Gegenstimmen und Stimmenthaltungen abzufragen. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften".

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung des stationsbasierten Carsharing in Bayern (Drs. 17/21734) - Zweite Lesung -**

Auch zu diesem wurde im Ältestenrat vereinbart, auf eine Aussprache zu verzichten und wir kommen damit gleich zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/21734 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie auf Drucksache 17/23053 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Der endberatende Ausschuss stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. September 2018" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind wieder alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen und Kollege Felbinger (fraktionslos). Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Förderung des stationsbasierten Carsharing in Bayern".

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gesetz über den Bürgerbeauftragten des Freistaates Bayern und den Beauftragten für die Bayerische Polizei (Drs. 17/20406) - Zweite Lesung -**

Die Fraktionen sind übereingekommen, auch bei diesem Gesetzentwurf auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/20406 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – CSU



und SPD. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER und Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Die Fraktionen sind übereingekommen beim Tagesordnungspunkt 28 auf die Aussprache zu verzichten. Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind, diesen Tagesordnungspunkt aufzurufen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe schließlich **Tagesordnungspunkt 28** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes Mittagsverpflegung an Schulen: gut und kostenfrei (Drs. 17/21324) - Zweite Lesung -**

Ich muss darauf hinweisen, dass namentliche Abstimmung beantragt wurde. Diese werden wir heute nicht

mehr schaffen, weil das Ende der Sitzung für 16.30 Uhr vereinbart wurde. Die Abstimmung muss dann auf morgen verschoben werden. Sie wird nicht gleich um 9.00 Uhr sein. Wir fangen morgen um 9.00 Uhr mit dem Haushalt an. Die Fraktionen werden sich morgen einigen, wann wir die Abstimmung aufrufen. Können wir so verbleiben? – Gut.

Damit darf ich für heute die Sitzung schließen und mich für die Mitarbeit bedanken. Ich wünsche uns heute einen schönen Abend.

(Schluss: 16.23 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juni 2018 (Vf. 10-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
  1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
  2. Bayerische Staatsregierung

vom 6. Juni 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23 Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen  
 PII-G1310.18-0008  
 Drs. 17/22985 (G)

  - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
  - II. Der Antrag ist unbegründet.
  - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Juni 2018 (Vf. 8-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 28 der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) vom 12. Dezember 2000 (GVBl. S. 873, ber. 2001 S. 28, BayRS 200-21-I), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 24. April 2018 (GVBl. S. 281) geändert worden ist  
PII-G1310.18-0009  
Drs. 17/22986 (G)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. Juni 2018 (Vf. 9-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung des Landkreises Oberallgäu über die Änderung der Verordnung vom 29. Oktober 1992 über das Landschaftsschutzgebiet Hörnergruppe vom 8. April 2018 (ABl für den Landkreis Oberallgäu Nr. 16 vom 17. April 2018 S. 26 und Nr. 17 vom 24. April 2018 S. 26)  
PII-G1310.18-0010  
Drs. 17/22987 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Europaangelegenheiten**

4. Öffentliche Konsultation zu Drohnen (unbemannte Luftfahrzeuge) – technische Normen für Drohnen als Produkt sowie Bedingungen für den Drohnenbetrieb  
13.04.2018 – 09.07.2018  
Drs. 17/22384, 17/23113 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über staatsanleihebesicherte Wertpapiere, COM (2018) 339 final, BR-Drs. 279/18  
Drs. 17/23054, 17/23102 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

6. Antrag der Staatsregierung  
auf Zustimmung zum Abschluss des Innovationsbündnisses Hochschule 4.0  
Drs. 17/22000, 17/23105 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A



7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Arbeitsintegration erleichtern, Vorrangprüfung abschaffen  
Drs. 17/13079, 17/23158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatzkräfte schützen! I  
Verantwortung übernehmen  
Drs. 17/20352, 17/22889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatzkräfte schützen! II  
Alkohol- und Gewaltprävention stärken  
Drs. 17/20353, 17/23166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatzkräfte schützen! III  
Landeslagebild und Dunkelfeldforschung zur Gewalt gegen Einsatzkräfte  
Drs. 17/20354, 17/22890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatzkräfte schützen! IV  
Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe  
Drs. 17/20355, 17/23177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatzkräfte schützen! V  
Einsatzkräfte besser vorbereiten  
Drs. 17/20356, 17/22891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatzkräfte schützen! VI  
Opferschutz verbessern  
Drs. 17/20357, 17/23160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Auswirkung der neuen Förderrichtlinie auf die Asylsozial- und Integrationsberatung  
Drs. 17/20367, 17/23170 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Stefan Schuster, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
ÖPNV in der Metropolregion Nürnberg stärken: S-Bahn-Strecke Nürnberg – Forchheim jetzt zügig an der Bestandsstrecke bauen – keine weiteren Verzögerungen mehr durch Beharren auf den S-Bahn-Verschwenk.  
Drs. 17/20370, 17/23016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Jugendbefragungen in Bayern – Ergebnisqualität und Umsetzung, Einhaltung des Datenschutzes und rechtlicher Vorgaben  
Drs. 17/20532, 17/23039 (E) [X]

**Auf Antrag gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bestandsstreckenausbau statt S-Bahn-Verschwenk Fürth  
Drs. 17/20569, 17/23017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stellenabbau bei der Asylsozialberatung vermeiden – Für einen klaren Betreuungsschlüssel!  
Drs. 17/20765, 17/23169 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Arbeit ist Schlüssel zur Integration – Vorrangprüfung endlich abschaffen  
Drs. 17/20830, 17/23157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie braucht Jugend I  
Etablierung eines verbindlichen „Jugend-Checks“ für politische Entscheidungen  
Drs. 17/20928, 17/22992 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie braucht Jugend II  
Mehr Teilhabe für junge Menschen in Bayern  
Drs. 17/20929, 17/22993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie braucht Jugend III  
Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre senken  
Drs. 17/20930, 17/22283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie braucht Jugend IV  
Mehr politische Bildung für junge Menschen  
Drs. 17/20931, 17/22274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie braucht Jugend V  
Offene Jugendarbeit und Jugendverbände stärken  
Drs. 17/20932, 17/22982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie braucht Jugend VI  
Jugendarbeit und Jugendpolitik sind gelebte Integration  
Drs. 17/20933, 17/22983 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schwimmfähigkeit im Freistaat – Wasserfest zu 100 Prozent  
Drs. 17/21155, 17/23176 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Sach- und Entwicklungsstand zum DFG-Forschungsprojekt Fossa Carolina  
Drs. 17/21211, 17/23011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Homo- und transfeindliche Kriminalität in Bayern bekämpfen  
Drs. 17/21452, 17/22806 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Forschung im Bereich komplementäre und integrative Medizin in Bayern stärken  
Drs. 17/21457, 17/23207 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Flächendeckende Fachberatung für Bienenhaltung dauerhaft sichern  
Drs. 17/21460, 17/23047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



31. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,  
Andreas Lotte u.a. SPD  
Gigabitfähige Breitbandnetze durch Glasfasertechnologie in Bayern  
Drs. 17/21576, 17/23029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sicherer Unterhalt für Alleinerziehende – Umsetzung der Reform des  
Unterhaltsvorschlusses in Bayern  
Drs. 17/21655, 17/23150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Investitionsbedarf für Infrastrukturen der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen  
Drs. 17/21658, 17/23018 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Streckenreaktivierungen erleichtern  
Drs. 17/21659, 17/23019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Klaus Adelt u.a. SPD  
 Polizeieinsatz am 14.03.2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung in Donauwörth  
 Drs. 17/21676, 17/22805 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Eric Beißwenger, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
 Praktikable Lösung für Ferkelerzeuger ermöglichen  
 Drs. 17/21697, 17/23048 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
 Erweiterung der Kinder- und Jugendabteilung für Psychische Gesundheit des  
 Universitätsklinikums Erlangen  
 Drs. 17/21737, 17/23126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Eine starke Interessenvertretung der Pflegekräfte – einer Pflegekammer in  
 Bayern steht nichts mehr im Weg!  
 Drs. 17/21756, 17/23081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Stefan Schuster, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Reaktivierung der Bahnstrecke Dombühl – Dinkelsbühl – Wilburgstetten – Nördlingen  
Drs. 17/21824, 17/23020 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Mehr Studienplätze für Humanmedizin  
Drs. 17/21879, 17/23204 (E) [X]

**Auf Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER  
gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)  
Personalmangel bei der Bayerischen Polizei  
Drs. 17/21882, 17/23175 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bedarfsgerechte Betreuungszeiten und gute Qualität in Kindertageseinrichtungen fördern, Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern  
Drs. 17/21884, 17/22984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Völlige Fehlplanung beim bundesweiten Bahnsteighöhenkonzept verhindern  
Drs. 17/21899, 17/23030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Vorspiegelung falscher Tatsachen durch eine „Bayerische“ Grenzpolizei – Schleierfahndung vermehrt ausbauen und auf Wasserköpfe verzichten!  
Drs. 17/21900, 17/23174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bayerns Kitas auf ein solides Fundament stellen und Schritt zur Kostenfreiheit wagen  
Drs. 17/21902, 17/23168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Stefan Schuster, Margit Wild u.a. SPD  
So gelingt Inklusion – Multiprofessionelle Teams aus Förderlehrkräften, Psychologen, Sozialpädagogen, Erziehern, Heilpädagogen und medizinischen Fachkräften an die Schulen  
Drs. 17/21903, 17/23060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Franz Schindler, Florian Ritter u.a. SPD  
Deutschland ist Vielfalt – Schutz vor Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität im Grundgesetz verankern!  
Drs. 17/21908, 17/22991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD  
Bildung im europäischen Alpenraum stärken  
Drs. 17/21909, 17/23206 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Seltene Erkrankungen – Einrichtung einer Zentralstelle  
Drs. 17/21973, 17/23201 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen I –  
Umsetzung des Sicherstellungszuschlags in Bayern  
Drs. 17/21978, 17/23082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen II –  
Bayerische Krankenhausplanung auf dem Prüfstand  
Drs. 17/21979, 17/23083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.**

52. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen III –  
Personalkosten nach tatsächlichem Aufwand ohne Fallpauschalen vergüten  
Drs. 17/21980, 17/23084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.**

53. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen IV –  
Reform des DRG-Systems  
Drs. 17/21981, 17/23085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.**

54. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Oliver Jörg, Bernhard Seidenath u.a. CSU  
Sofortmaßnahmen gegen Personalmangel im Pflegebereich der Neonatologie Großhadern  
Drs. 17/21990, 17/23202 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Änderung des Bundesmeldegesetzes (BMG) und des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) bezüglich Datenabfrage bei Polizistinnen und Polizisten  
Drs. 17/21994, 17/23040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Martin Schöffel, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
Düngerecht praxisgerecht und gewässerschonend ausgestalten –  
Ausnahmeregelung für Grünland zulassen  
Drs. 17/21998, 17/23049 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Einführung eines staatlichen Gütesiegels „flächenbewusste Kommune“  
Drs. 17/22018, 17/23031 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Flächensparen in bayerische Förderprogramme integrieren  
Drs. 17/22019, 17/23032 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Rückführung der Versiegelung von Flächen – Einführung einer Förderinitiative zur Flächenentsiegelung  
Drs. 17/22020, 17/23033 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



60. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Wolfgang Fackler, Ingrid Heckner u.a. CSU  
Stellenaufwuchs bei der bayerischen Polizei  
Drs. 17/22031, 17/23146 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Unterstützung für Neuimker an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sicherstellen  
Drs. 17/22035, 17/23184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

62. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)  
Asylmissbrauch weiter bekämpfen!  
Drs. 17/22070, 17/23117 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)  
Europäische Fördermittel für Regionalentwicklung und Landwirtschaft erhalten!  
Drs. 17/22074, 17/23178 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

64. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)  
Entwurf für ein Anschlussförderprogramm Breitband jetzt vorlegen!  
Drs. 17/22075, 17/23022 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ewiges Hin und Her beenden: Bayerisches Flughafenkonzept statt dritter Startbahn  
Drs. 17/22076, 17/23023 (A)

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

66. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Transparenz bei den bayerischen Staatsschulden: Tilgungsplan vorlegen  
Drs. 17/22077, 17/23118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

67. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Defizite der Staatsregierung offenlegen!  
Drs. 17/22085, 17/23116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

68. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Recht auf Asyl sichern, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Integration voranbringen  
Drs. 17/22086, 17/23122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

69. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)  
Europäische Fördermittel für Regionalentwicklung und bäuerliche Landwirtschaft in Bayern sicherstellen!  
Drs. 17/22088, 17/23179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

70. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Kürzungen im Umweltbereich der EU-Agrarzahlungen!  
Drs. 17/22089, 17/23180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

71. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Europäische Förderung der Regionalentwicklung und Landwirtschaft erhalten und möglichen Ausfall kompensieren  
Drs. 17/22090, 17/23181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

72. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Keine dritte Startbahn – klimafreundliche Verkehrspolitik auf den Weg bringen!  
Drs. 17/22091, 17/23024 (A)

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Luftverkehrskonzept für Bayern  
Drs. 17/22092, 17/23025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.**

74. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Nachvollziehbare und tragfähige Finanzplanung vorlegen  
Drs. 17/22093, 17/23119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

75. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD  
Aufklärung über die vorliegenden Vorwürfe über sexuelle Übergriffe an der Hochschule für Musik und Theater München  
Drs. 17/22095, 17/23012 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

76. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Thematische Planung und Konzeption von BIOTOPIA - Das neue Naturkundemuseum  
Drs. 17/22128, 17/23013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

77. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Plastikstrategie I – Regelmäßiger Bericht über Maßnahmen und Umsetzung  
Drs. 17/22130, 17/23067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



78. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Plastikstrategie II – Bayerns bisheriger Beitrag zur Verringerung des Aufkommens von Kunststoffen und Kunststoffabfällen  
Drs. 17/22131, 17/23068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

79. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Plastikstrategie III – Unterstützung bei der Reduzierung und dem Recycling von Kunststoffen  
Drs. 17/22132, 17/23069 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

80. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Plastikstrategie IV – Selbstverpflichtungskampagne zur Förderung der Verwendung von Kunststoffrecyclaten unterstützen  
Drs. 17/22133, 17/23070 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

81. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Plastikstrategie V – Wiederverwendbare Kunststoffe und Kunststoffrecyclate bei öffentlichen Beschaffungsaufträgen bevorzugen  
Drs. 17/22134, 17/23071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

82. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Plastikstrategie VI – Vorhandene Systeme und Instrumente zur Umsetzung der Ziele der EU-Plastikstrategie nutzen  
Drs. 17/22135, 17/23072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

83. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD  
Widerrufsrecht für Verbraucherinnen und Verbraucher erweitern – nicht aushöhlen!  
Drs. 17/22136, 17/23115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

84. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Förderung der touristischen Entwicklung auf dem Ochsenkopf  
Drs. 17/22214, 17/23026 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

85. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zucker in Fertiglernsmitteln reduzieren  
Drs. 17/22215, 17/23086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

86. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Taktlücken schließen – Bayern-Takt bayernweit umsetzen  
Drs. 17/22217, 17/23021 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

87. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Glasfaseranschluss für jedes Haus – Bayerische Breitbandförderung zukunftsfest machen  
Drs. 17/22218, 17/23027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

88. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die Ökomodellregionen  
Drs. 17/22219, 17/22809 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

89. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sozialen Zusammenhalt stärken – Hürden für „Wohnen für Hilfe“ beseitigen  
Drs. 17/22220, 17/23064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

90. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Regelungen für unbegleitete Minderjährige zur Familienzusammenführung verbessern  
Drs. 17/22221, 17/23114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

91. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Herdenschutz ins Kulturlandschaftsprogramm aufnehmen  
Drs. 17/22223, 17/23193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

92. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Aufbau eines Zwei-Pädagoginnen- und -Pädagogen-Systems an der Schule  
Drs. 17/22225, 17/23061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

93. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sonne und Wind – Mehr Zukunftsenergie für Bayern  
Drs. 17/22228, 17/23183 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

94. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Endlich eine starke Interessenvertretung für die Pflege –  
eine Pflegekammer für Bayern!  
Drs. 17/22229, 17/23203 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

95. Antrag des Abgeordneten Oliver Jörg CSU  
Bewerbung der Stadt Nürnberg um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“  
unterstützen  
Drs. 17/22277, 17/23103 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



96. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Mehr Effizienz in den Stromnetzen: Besserer Abgleich von Angebot und Nachfrage auf der Erzeugungs- wie auf der Verbrauchsseite  
Drs. 17/22278, 17/23028 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

97. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Angelika Schorer, Karl Freller u.a. CSU  
Zukunftschancen durch die Digitalisierung in der Landwirtschaft - Bericht über KoDA (Kompetenzzentrum Digitale Agrarwirtschaft)  
Drs. 17/22290, 17/23014 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

98. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtags vom 17.02.2016  
Drs. 17/22310, 17/23073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

99. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU  
Bericht zum geplanten Mercosur-Abkommen  
Drs. 17/22337, 17/23192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

100. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Norbert Dünkel, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Schule öffnet sich: Konzeptionelle Umsetzung multiprofessioneller Teams  
Drs. 17/22346, 17/23121 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

101. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine weiteren Husarenritte im Polizeibereich – Finanzmittel auf bestehende Polizei in der Fläche konzentrieren!  
Drs. 17/22369, 17/23167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

102. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Das Jura-Museum Eichstätt muss als Teil der reichen bayerischen Museumslandschaft und Ausstellungsstätte weltberühmter Fossilienfunde erhalten bleiben!  
Drs. 17/22373, 17/23205 (A)

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

103. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Kommunen nicht länger im Stich lassen:  
Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder  
Drs. 17/22375, 17/23173 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

104. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Einführung einer Haftungsbeschränkung auf Vorsatz  
und grobe Fahrlässigkeit für in der Geburtshilfe tätige Belegärzte  
Drs. 17/22381, 17/23096 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

105. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Mehr Zweibeiner statt mehr Vierbeiner bei der Polizei!  
Drs. 17/22393, 17/23172 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

106. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Kommunale Bäder erhalten! – Sanierungsstau endlich stoppen!  
Drs. 17/22397, 17/23171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

107. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martin Güll, Martina Fehlner u.a. SPD  
A 13 für alle  
Drs. 17/22423, 17/23199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

108. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Jährlich einen umfassenden Bayerischen Sucht- und Drogenbericht vorlegen!  
 Drs. 17/22436, 17/23097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.**

109. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
 Bericht zur Servicequalität im MVV und Maßnahmen zur kontinuierlichen Verbesserung  
 Drs. 17/22690, 17/23182 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

110. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u.a. SPD  
 Bewertung der Mordtaten vom 22.06.2016 von David S. durch die Staatsregierung  
 Drs. 17/22714, 17/23165 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

111. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Karl Freller, Dr. Thomas Goppel u.a. CSU  
BIOTOPIA  
Drs. 17/22715, 17/23015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

112. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer,  
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
Schädlingsbefall in bayerischen Wäldern analysieren  
Drs. 17/22730, 17/23004 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

113. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Otto Lederer,  
Angelika Schorer u.a. CSU  
Aufnahme heimischer Fische in das Qualitäts- und  
Herkunftssicherungsprogramm „Geprüfte Qualität – Bayern“  
Drs. 17/22731, 17/23003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



114. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Nürnberg als Kulturhauptstadt 2025: Bewerbung durch den Freistaat bestmöglich fördern  
Drs. 17/22735, 17/23104 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

115. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Teichwirten helfen – Sondergenehmigungen zur Fischotterentnahme in Problemgebieten nach niederösterreichischem Vorbild ermöglichen!  
Drs. 17/22737, 17/23050 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

116. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Zulassungsverfahren ökologischer Pflanzenschutzmittel  
Drs. 17/22738, 17/23005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

117. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
BAYTEX 2018  
Drs. 17/22969, 17/23186 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

118. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bürgern vor Ort helfen – Ankäufe von Flächen für den Hochwasserschutz in Simbach am Inn fortsetzen  
Drs. 17/21762, 17/22996

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**

119. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohlen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Expertenanhörung zum Mieterschutz der GBW-Mieterinnen und Mieter  
Drs. 17/22434, 17/22980 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**